

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Bezugnahme: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 3 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetrag. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 4704

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Zuzahlung für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Kornspeich-Zinsfuß Amt 1. Nr. 4196.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 7. März 1893.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Rann Europa abrüsten?

VI.

Die innere Lage Russlands ist augenblicklich eine fast verzweifelte. Die Bauernemanzipation von 1861 und die mit ihr theils als Ursache, theils als Wirkung zusammenhängende Entwicklung der kapitalistischen Großindustrie haben dies stabilste aller Länder, dies europäische China, in eine ökonomische und soziale Revolution geworfen, die nun unaufhaltsam ihren Gang geht; und dieser Gang ist einstweilen ein vorwiegend verwüstender. Der Adel erhielt bei der Emanzipation Entschädigung in Staatsschuldenscheinen, die er möglichst rasch verjubelte. Als dies vollbracht, eröffneten ihm die neuen Eisenbahnen einen Markt für das Holz seiner Wälder; er ließ das Holz schlagen und verkaufen, und lebte abermals herrlich und in Freuden, so lange der Erlös reichte. Die Bewirtschaftung der Güter, unter den neuerschaffenen Bedingungen und mit freien Arbeitern, blieb meist sehr unbefriedigend; was Wunder, daß der russische Grundbesitzende Adel über und über verschuldet, wo nicht geradezu bankrott ist, und daß der Extrag seiner Güter an Produktion eher ab als zunimmt.

Der Bauer erhielt weniger und meist schlechteres Land als er bisher besessen; die Gemeinweide- und Waldnutzung wurde ihm entzogen, und damit die Grundlage der Viehhaltung; die Steuern wurden bedeutend erhöht und sollten nun von ihm selbst überall in Geld gezahlt werden; dazu kamen die Ratenzahlungen — ebenfalls in Geld — für Verzinsung und Amortisation des vom Staat vorgeschossenen Verkaufsgeldes (wykup); kurz, zu aller Verschlechterung seiner allgemeinen ökonomischen Lage kam die plötzliche Zwangsverletzung aus der Naturalwirtschaft in die Geldwirtschaft, die allein hinreicht, die Bauerschaft eines Landes zu ruinieren. Die Folge davon war die üppige Entwicklung der Ausbeutung des Bauern durch die ländlichen Geldbesitzer, reichere Bauern und Schnapskneipenwirthe, mirosjedy (wörtlich Gemeindefresser) und kulaki (Zinswucherer). Und als ob alles das nicht genüge, kam dazu die neue große Industrie und ruinierte die Naturalwirtschaft der Bauern bis auf den letzten Rest. Nicht nur untergrub ihre Konkurrenz die häusliche industrielle Produktion des Bauern für den eigenen Bedarf, sie nahm auch seiner für den Verkauf bestimmten Handarbeit den Markt weg oder stellte sie, im günstigsten Fall, unter die Botmäßigkeit des kapitalistischen „Verlegers“ oder, was noch schlimmer, seines Mittelsmannes. Der russische Bauer mit seinem waldburpränglichen Ackerbau und seiner altkommunistischen Gemeindeverfassung wurde so plötzlich in Kollision gebracht mit der entwickeltesten Form der modernen großen Industrie, die sich einen inländischen Markt gewaltsam schaffen mußte; eine Lage, worin er rettungslos zu Grunde gehen mußte. Aber der Bauer — das war beinahe neun Zehntel der

Bevölkerung Russlands, und der Ruin des Bauern war gleichbedeutend mit dem — wenigstens zeitweiligen — Ruin Russlands.*)

Nachdem dieser Prozeß der gesellschaftlichen Umwälzung an die zwanzig Jahre gedauert, stellten sich noch andere Resultate heraus. Die rücksichtslose Entwaldung vernichtete die Vorrathskammern der Bodenfeuchtigkeit, das Regen- und Schneewasser floß, ohne aufgesogen zu werden, rasch durch die Bäche und Ströme ab, starke Ueberschwemmungen erzeugend; aber im Sommer wurden die Flüsse seicht und der Boden vertrocknete. In vielen der fruchtbarsten Gegenden Russlands soll das Niveau der Bodenfeuchtigkeit um einen vollen Meter gefallen sein, so daß die Wurzeln der Getreidehalme es nicht mehr erreichen und verdorren. So daß nicht nur die Menschen ruiniert sind, sondern in vielen Gegenden auch der Boden selbst auf wenigstens ein Menschenalter hinaus.

Diesen, bisher chronisch verlaufenden Prozeß des Ruins hat die Hungersnoth von 1891 akut und damit vor aller Welt sichtbar gemacht. Und deshalb kommt Russland seit 1891 nicht aus der Hungersnoth heraus. Das böse Jahr hat das letzte und wichtigste Produktionsmittel der Bauern — das Vieh — größtentheils ruiniert und ihre Verschuldung auf einen Höhepunkt getrieben, der ihre letzte Widerstandskraft brechen muß.

In einer solchen Lage könnte ein Land höchstens einen Verzweiflungskrieg unternehmen. Aber auch dazu fehlen die Mittel. In Russland lebt der Adel von Schulden, lebt jetzt auch der Bauer von Schulden, und von Schulden lebt vor allen der Staat. Wieviel Geld der russische Staat noch außen schuldig ist, weiß man: über vier Milliarden Mark. Wieviel er im Innern schuldig ist, weiß kein Mensch; erstens weil man weder die Summe der aufgenommenen Anleihen noch die des in Zirkulation befindlichen Papiergeldes kennt, und zweitens weil dies Papiergeld jeden Tag seinen Werth wechselt. Soviel aber ist sicher: der Kredit Russlands im Ausland ist erschöpft. Die vier Milliarden Mark russischer Staatsschuldenscheine haben den westeuropäischen Geldmarkt über und über gesättigt. England hat sich längst, Deutschland hat sich neuerdings des größten Theils seiner „Russen“ entledigt. Holland und Frankreich haben sich durch den Ankauf derselben ebenfalls den Magen verstopft, wie sich bei der letzten russischen Anleihe in Paris zeigte; von den 500 Millionen Franken konnten nur 300 untergebracht werden, 200 Millionen mußte der russische Finanzminister den zeichnenden und überzeichnenden Banquiers wieder abnehmen. Der Beweis ist damit geliefert, daß eine neue russische Anleihe selbst in Frankreich für die nächste Zeit absolut keine Aussichten hat.

Das ist die Lage des Landes, das uns angeblich mit unmittelbarer Kriegsgefahr bedroht, und das doch sogar

*) Ich habe das alles schon vor einem Jahre entwickelt in der „Neuen Zeit“ 1891/92, Nr. 19, Artikel: Der Sozialismus in Deutschland.

außer Stande ist, einen Verzweiflungskrieg vom Baun zu brechen, falls wir nicht selbst dumm genug sind, das Geld dazu ihm in den Rücken zu werfen.

Man begreift nicht die Unwissenheit der französischen Regierung und der sie beherrschenden französischen, bürgerlichen, öffentlichen Meinung. Nicht Frankreich bedarf Russlands — Russland bedarf vielmehr Frankreichs. Ohne Frankreich wäre der Jar mit seiner Politik isolirt in Europa, machtlos müßte er im Westen und im Balkan alles gehen lassen, wie es geht. Mit etwas Verstand könnte Frankreich aus Russland alles herauschlagen, was es wollte. Aber statt dessen kriecht das offizielle Frankreich auf dem Bauche vor dem Jaren.

Der Weizenexport Russlands ist bereits ruiniert durch die wohlfeilere amerikanische Konkurrenz. Bleibt als Hauptausfuhrartikel nur der Roggen, und der geht fast ausnahmslos nach Deutschland. Sobald Deutschland Weißbrot ist statt Schwarzbrot, ist das jetzige offizielle zarisch-großbürgerliche Russland bankrott.

Fr. Engels.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März.

Aus dem Reichstage. Bei Beginn der Sitzung waren heute keine zwei Duzend Abgeordnete im Saale. Der Abgeordnete Debel hielt zunächst noch eine kleine Rede zu den Verhandlungen über den Postassistenten-Verband, um dann das Bestreben der Postverwaltung zu erklären, das überall darauf hinauslaufe, Ueberschüsse zu erzielen, um damit den Militärmoloch zu füttern. Nach Debel bestritt der Direktor des Reichspostamtes die Berechtigung aller vorgebrachten Klagen und verteidigte, so gut es gehen wollte, die Maßnahmen seines Ressorts. Nach diesen beiden Reden nahmen die Verhandlungen ein sehr rasches Tempo an. Schmidt (Mittweida) vertrat noch die Klagen der Post-Untereamten über die geringfügigkeit des Anfangsgehältes und die Mängel der Winterbeheizung. Die einzelnen Positionen wurden nach den Vorschlägen der Budgetkommission angenommen und so der ganze Postetat in zweiter Lesung erledigt. Morgen steht der Marine-Stat auf der Tagesordnung.

In dem Strafverfahren gegen Freiherrn von Münch, das bereits mit der Verurtheilung abgeschlossen ist, hatte der Reichstag bekanntlich Ausschub bewilligt, in der irrigen Voraussetzung, daß das Verfahren noch schwebte. Der Reichskanzler übersandte in Folge dessen an den Reichstag ein Schreiben, in dem er erklärte, der bezügliche Beschluß beruhe wahrcheinlich auf einem Mißverständnis, bisher habe der Reichstag in konstanter Praxis nur das Recht in Anspruch genommen, daß ein schwebendes

Feuilleton.

Redaction verboten.)

32

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Das Zimmer, in welchem die beiden Freunde wohnten, war in der That kein Muster von Reinlichkeit. Der vier-eckige Tisch, der von ihren Armen beständig gerieben wurde, war noch verhältnismäßig sauber; nur die Ecken waren mit Staub und Brotkrumen bedeckt. Auf dem Fußboden lag aber eine grau-blaue Schicht weichen flaumigen Staubes gleich dem ersten dünnen Schnee in einem Hofraum. Weißes, gelbes und blaues Packpapier lag in malarischer Unordnung umher. Einige Stücke waren bereits mit einer dünnen Staubschicht bedeckt, welche die ursprüngliche Farbe trübte und bewies, daß sie nicht erst seit heute dalagen. Der farbige Mosaikboden war mit Eierschalen, Zigarrenstummeln und vertrockneten Brotkrusten bedeckt, welche unter dem Fuße krachten, und wenn man sie vom Plage stieß, dicke Staubwölkchen aufwirbelten.

Andrej hatte nämlich das Zimmer ohne Bedienung gemiethet. Die Bedienung, alles, das Fegen eingeschlossen, lag dem angeblichen Auischer ob. Wassilij führte die Aufträge aus, putzte Andrej's Stiefel und besorgte mit lobenswerther Pünktlichkeit den Samowar. Das Ausfegen des

Zimmers betrachtete er aber als unnütze Zeit- und Kraftverschwendung.

Er fand keinen philosophischen Grund, warum der Staub, den wir auf der Straße treten, auf dem Fußboden des Zimmers so verwerflich sein sollte. Da Andrej auch nicht sehr darauf achtete, wurde das Zimmer nur einmal im Monat ausgefegt.

Das Picnic sollte in einem eine Meile von der Stadt gelegenen Wäldchen vor sich gehen.

Es war ein weiter Weg bis zu dem Orte. Für das Abendessen, welches am Orte selbst gekocht werden sollte, war erst der späte Abend festgesetzt. Wassilij hielt es daher als praktischer Mann für rathsam, sich vor dem Weggehen zu stärken. Er hatte alles Nothwendige bei der Hand und wollte recht rasch etwas zubereiten.

Sie hatten keine Lust, ihr Mittagbrot täglich im Restaurant einzunehmen, denn einerseits war es zu kostspielig, andererseits auch nicht sicher an einem Ort zu gehen, der von Leuten verschiedenster Art besucht wurde. Sie aßen deshalb zu Hause und bereiteten sich selbst ein Mittagessen, welches wenig Geld und Mühe kostete — ein Stück Schinken, ein halbes Duzend Eier, einige Heringe, dazu der unvermeidliche Thee genügten ihrem anspruchslosen Gaumen vollkommen.

Wassilij öffnete den Speiseschrank, in welchem er die Theebüchse, das Brot und die Vorräthe aufbewahrte. Dort befand sich ein großes Laib Brot, Thee, Zucker und Milch. Für ein einfaches Mahl hätte dies genügt. Bei dieser Gelegenheit wollte er aber etwas besseres haben. Er eilte zum nächsten Laden und kehrte nach ein oder zwei Minuten mit einem Stück Käse und einem großen Packet warmer Würstchen, die in Papier eingeschlagen waren, zurück. Wassilij setzte den Samowar auf den Tisch und be-

reitete den Thee. Annie Wulitsch als Gast und Andrej als Herr erhielten jeder eine der zwei Gabeln und Zeller. Wassilij mühte sich in seiner Eigenschaft als Diener mit einer Untertasse und dem Taschenmesser begnügen, welches er durch eine Schnur am Gürtel befestigt hatte.

„Aber ums Himmelswillen, ich kann doch nicht auf einem solchen Tische essen. Ihr könntet Kartoffel darauf pflanzen,“ sagte Annie Wulitsch, während sie mit den fingerigen Figuren in dem aufgehäuften Staube zog.

„Wenn's weiter nichts ist!“ sagte Wassilij, „in einer Minute soll alles in Ordnung sein.“

Er sah sich nach einem Staubtuch um und seine Augen fielen auf sein rosafarbenes Beinkleid, welches groß und breit an der Wand hing. Wassilij war ein sparsamer Haushälter, welchen der Gedanke, etwas einzubüßen, sehr quälte. Er hatte seine ganze Garderobe aus der Schweiz mitgebracht und hoffte, daß sie ihm auf die eine oder andere Weise nützen könnte. Da es ihm aber von Sina entschieden verboten worden war, dies auffallende Beinkleid zu tragen, welches überall die Aufmerksamkeit auf sich ziehen mußte, hing er es in sein Zimmer, um demselben, wie er sagte, „ein wohllicheres Aussehen zu geben“. Aber in seinem Uebereifer, wenn er einer Dame dienstbar sein konnte, vergaß er seine Spar-samkeit.

Er nahm das so lange aufbewahrte Beinkleid vom Nagel, riß ein Stück heraus und reinigte zuvorkommend den Tisch damit, bevor das lachende Mädchen Einwand erheben konnte.

„Sie sind ein wahrer Barbar, Wassilij!“ rief sie. „Warum?“ fragte er in unschuldiger Ueberraschung. „Wollenstoff reinigt besser als Leinen.“

„Möglich. Leider gebrauchen Sie aber weder wollenen

Stroßverfahren gegen einen Abgeordneten einzustellen sei. Der Reichstag sei daher ungültig, zumal er dem Wortlaut der Verfassung widerspreche. Die Geschäftsordnungs-Kommission hat sich aus diesem Anlaß heute mit der Frage beschäftigt und die Sache durch das Schreiben für erledigt erklärt. —

Deutschfreisinnige Demuzianten. Den Tintenfüß des Selbstjudentums sind die schädlichsten Mittel zum Kampfe gegen die mit tödlichem Haffe verfolgten Antisemiten gerade gut genug. Wie Herr Eugen Richter in der Judenstümpfen-Geschichte gehandelt, das ist von uns seiner Zeit gebührend beleuchtet worden. Sein Gesinde eifert ihm nach und sucht den Meister noch zu überbieten. Sobald die Interessen dieses Liberalismus bedroht sind, verflüchtigen sich die Sätze des Programms zu eitel Dummheit, Ausnahmemaßregeln wider die Gegner werden empfohlen, die Presse- und Redefreiheit ist für die Widersacher der Masse und Cohn zu lassen, und die verächtliche Angeberei steht im Schwange. Hat da während der Stichwahl-Agitation im Liegnitzer Kreise der Ahlwardt seine späßhaften Reden gehalten, die deutschfreisinnigen Blätter, wie dem Liegnitzer Anzeiger dem Berliner Tageblatt, der Vossischen Zeitung, die ihren Marx ganz vergessen zu haben scheint, u. s. w., die willkommenen Gelegenheiten bieten, ihn zu demuzinieren wegen einer „sehr wenig ehrerbietigen Aeußerung über den Kaiser“. So schützt der Deutschfreisinn die Redefreiheit. —

Der Bund der Landwirthe wird, wie sein Vorstand in einem an die Blätter versendeten Rundschreiben bekannt gibt, demnächst seine Organisation durchführen. Es ist selbstverständlich, daß dieser Fachverein der Brotertheuerer sich als Zentralverband aufstehen darf, ohne daß ihm jene Schwierigkeiten erwachsen, die für die Arbeiter-Verbände alltäglich sind. Wenn der Vorstand des Bundes bei uns anfragt, ob uns auch für die Zukunft seine Zusendungen genehm seien, so ist die quellenmäßigste Erforschung der agrarischen Wünsche und Strebungen natürlich willkommen. —

Bei der Reichstags-Stichwahl im Wahlkreise Hegnith-Haynau-Goldberg am 4. März sind bis jetzt gezählt: für Stadtrath Jungfer (freis.) 12 001 Stimmen, für Hertwig (Antisem.) 7449 Stimmen. Nur noch einige Orte stehen aus. —

Vertrauliches aus dem deutschkonservativen Lager. Unser Vordenker, die Schwäbische Tagewacht, veröffentlicht ein vertrauliches Rundschreiben vom Aufsichtsrath der Deutschen Reichspost und vom geschäftsführenden Ausschuss des konservativen Vereins in Württemberg. Die schwäbischen Konservativen, deren Organ die Deutsche Reichspost ist, sind nach dieser Rundgebung in arger Bedrängnis und schwingen den Bertelsack. Sie sagen: „Thatsächlich ist die Lage so, daß wenn unsere Parteigenossen und Freunde für die Reichspost und für Erhaltung des Sekretariats des Herrn Schrempf die oben angegebene Summe nicht aufzubringen bereit sind, die Deutsche Reichspost am 31. März 1893 zu erscheinen aufhören wird. Wir sind der Ansicht, daß es ein großer nicht mehr gut zu machender Fehler wäre, wenn in der jetzigen Zeit allgemeiner Säkular die einzige konservative Zeitung Württembergs aus Mangel an Geldmitteln eingehen müßte und damit jede Vertretung unserer Grundsätze in der Presse aufhören würde. Eine Partei ohne eigenes Blatt ist ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung und das öffentliche Leben und verliert naturgemäß ihre bisherigen Anhänger; von unseren Gegnern, namentlich den Sozialdemokraten, können wir lernen, welchen Werth sie auf ihre Parteiblätter legen, mit welchen Opfern sie dieselben unterstützen und welchen ungeheuren Erfolg sie denselben verdanken. Wir erlauben uns deshalb die ebenso dringende als herzliche Bitte, Sie wollen nicht nur Ihren seitherigen Beitrag für die Deutsche Reichspost entsprechend erhöhen, oder falls Sie bisher noch keinen Beitrag gegeben haben, einen solchen bewilligen, sondern auch Ihnen bekannte Personen konservativer Gesinnung zur Zeichnung von Beiträgen auffordern und veranlassen.“ Wie kommt es wohl, daß die

noch keinen Staubtücher, noch Besen irgend welcher Art, wie ich bemerken muß,“ sagte sie, auf den Fußboden zeigend. „Sie sollten sich schämen, das Zimmer Ihres Herrn in einem solchen Zustande zu halten.“

Wassilij zuckte nur mit den Schultern. „O, das Zimmer? Das ist noch gar nichts,“ fiel Andrej ein. „Fragen Sie lieber, ob wir nicht ganz in einem Zustand der Barbarei verfallen.“

Er erzählte, wie Wassilij, seitdem er Kutscher geworden war, die Gewohnheit angenommen habe, sich nur am Sonntag das Gesicht zu waschen, nie ein Handtuch zu gebrauchen, das Gesicht am Rissen abzuwischen und die Hände von selbst trocknen zu lassen.

„Es macht Hände und Gesicht rauh, wie sich's für einen Kutscher ziemt,“ erklärte Wassilij.

Er schenkte den Scherzen seiner Freunde keine weitere Aufmerksamkeit, sondern schlürfte mit Gleichmuth seinen Thee, als ob sie sich über einen andern belustigten.

Nachdem der Thee eingenommen war, erhoben sich Wassilij und Wulitsch, Andrej blieb noch zurück. Es war nicht gut, wenn man sie zusammen gehen sah. Andrej gefellte sich in einer Straße, die außer dem Gesichtskreise lag, zu ihnen.

Es dunkelte bereits, als sie sich dem Eichenswäldchen, das östlich von der Stadt lag, näherten. Der Wald war, wie immer an Wochentagen, leer. Der frische Abendwind trug ihnen den Ton einer entfernten Melodie zu, die von einer angenehmen, aber nicht sehr kräftigen Baritonstimme gesungen wurde.

„Hört Ihr? es ist Watafko! Ich kenne seine Stimme,“ rief Annie Wulitsch lebhaft und ergriff Andrej's Arm, um ihn zu schnellerem Gehen zu veranlassen. Als Tochter des Südens liebte sie die Musik leidenschaftlich, auch sang sie selbst.

Der Richtung der Stimme folgend gelangten sie bald zu einem grünen Flecken am Saume des Waldes, der von drei Seiten von dichten Baumgruppen eingeschlossen war. Auf der vierten Seite wurde er von Büschen begrenzt, die ihn dem Publikum verbergen, ohne die Aussicht auf die Vorstädte von Dubrawnik und die Wiesen, welche sich rechts und links erstreckten, zu verstellen.

(Fortsetzung folgt.)

Funker und Junkergenossen nicht fähig sind, ihr Blatt über Wasser zu halten? Wir fragen noch. Die „nothleidenden Landwirthe“ sind pfenniglos, und die Bölle müssen erhöht werden, schon um des Herrn Schrempf, des mit der Wahrheit gar munter umspringenden Sozialistenöblers, willen. —

Christliche Liebe. Mit großem Behagen druckt die „Germania“ aus dem diesjährigen Fasten-Direktorie des aus dem Reich-Prozesse bekannten Bischofs Korum in Trier ein Langes und Breites wider die gemischten Ehen ab. Die Kirche hat an der Verewigung der konfessionellen Gegensätze ein lebhaftes Interesse. Und Nacht geht vor Duldbarkeit. —

Zu den Postdebatten. Der ultramontane Reichstags-Abgeordnete Dingens hat bekanntlich in der Postetat-Debatte als freiwilliger Regierungskommissar die Schale seines Hornes über den Postassistenten-Verband ausgegossen und dabei sein sozialreformerisches Herz aller Welt gezeigt. Die „Königliche Volks-Zeitung“ liest ihrem Parteigenossen den Text: „Diese Aeußerung läßt den Kernpunkt, um welchen es sich handelt, außer Betracht, nämlich die Frage: ob die Reichspost-Verwaltung die Zugehörigkeit zum Verbands zu verbieten, bezw. durch Maßregelungen aller Art unmöglich zu machen berechtigt ist. Diese Frage muß verneint werden. Die Postassistenten machen lediglich von einem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch, wenn sie sich behufs Wahrung ihrer berufsgesellschaftlichen Interessen zu einem Verbands zusammenschließen. Sie folgen dabei lediglich dem Beispiele anderer Beamtencategorien und der weitesten Bevölkerungskreise. Auch wenn der Verband auf die Förderung der wirtschaftlichen Interessen sich beschränkt, so ist das kein Grund, gegen denselben sich auszusprechen. Es ist uns nicht bekannt, daß der Verband als solcher der Religion und Sittlichkeit jemals zu nahe getreten wäre; etwaige Ausschreitungen einzelner Mitglieder aber können nicht zu einer Verurtheilung der Verbandsbestrebungen überhaupt führen; solche kommen auch in anderen Verbänden und Vereinen vor, ohne daß man denselben deshalb die Daseinsberechtigung abspricht.“ Wie kann Herr Dingens auch so unverblümt aus der Schule plaudern? — Der Berliner Nachrichten-Sammler der „Frankfurter Zeitung“ verliert in der Sonntagsnummer seines Organs einen Schreibbrief, der ein Muster des Nichtwahr- und Nichtthats-Stils ist. Nachdem der „Vorwärts“ seit Jahr und Tag die Lage der Post-Unterbeamten und die selbstherrliche Unterdrückungspolitik der Postdebatte diese betrübenden Zustände haarscharf zu Tage getreten sind, nachdem der mittheilslos zerkaufte Auerhahn-Schlingel Stephan trotz der „zufällig“ in seine Hände „gefallenen“ Briefe — das Briefgeheimniß ist so sicher wie die Bibel auf dem Altar — in die „Wolfschlucht“ geworfen war, stößt der Genährmann der „Frankf. Zig.“: „Ein Gemüth von Abwehr und Angriff war die große Rede, in der er (Stephan) Herrn Volkstath zu widerlegen suchte. Dabei kommt er mit der Kenntniß einzelner Thatsachen, kleinen Geschichten, in denen man ihn nicht widerlegen kann, Geschichten, die außer ihm niemand kennt, von denen auch unklar bleibt, woher er sie kennt, aber er weiß alles, er kennt seine Pappenhäuser, die Verfasser anonymen Angriffe. Das Urtheil wird für den Reichstag in solchen Fällen wirklich schwierig und der gemante Beherrscher des Reichs-Postwesens geht schließlich als Sieger hervor.“ In solchen Fällen wird das Urtheil wirklich schwierig, wie man solche Schreibübungen zu tagiren hat — in einem Organ der Demokratie. —

König Vell ist vor einigen Tagen in Hamburg angekommen und wird jetzt wohl in Berlin sein. Da nun König Vell ein sehr ruppiger König ist, und so aussieht wie ein ganz gemeiner Stroich, ja noch etwas ruppiger als ein zivilisirter Stroich, so wird es den rechtgläubigen Berehrern des Königthums von Gottes Gnaden angst und bange um den Respekt, welchen das Menschenvolk vor einem König haben muß; und sie belehren uns, vortretend und fürsichtlich, daß König Vell gar kein richtiger König sei, sondern bloß ein Negerkhändler und so etwas wie ein Dorfschulze bei uns. Mit Verlaub, Ihr Herren, König Vell mag sehr ruppig sein, aber er ist ein richtiger König; er ist ein König, genau so wie die alten Könige der Germanen Könige waren — nicht besser und nicht schlechter. Und wenn die Dinge in Afrika sich ebenso entwickeln wie in Europa, wird der Ur-Urkel des Königs Vell die unerschämten Gefellen, die seine Königskraft so frech anzuweifen, wie das jetzt mit König Vell geschieht, wegen Majestätsbeleidigung auf mindestens anderthalb Jahre „ins Loch“ stecken lassen. —

Arbeiterinnenschutz in der Schweiz. Das schweizerische Nationalkomitee des internationalen Bundes der Freundinnen junger Mädchen richtet an die Bundesversammlung ein Gesuch um Revision des Artikels 31 der Bundesverfassung in dem Sinne, daß dem Bund die Gesetzgebung über das Wirtschaftswesen zustehen soll. Die Eingabe verlangt namentlich die Berücksichtigung der Arbeiterinnen im Fabrikgesetz, Schließung der Wirtschaften an Sonntag Vormittagen und frühere Schließung derselben des Nachts; endlich eine Erhöhung des Alters für die Zulassung zum Kellerinnendruck. —

Aus Oesterreich schreibt man uns d. d. Wien, 25. Februar:

Gestern fand die Reichstagswahl für den Landbezirk Reichenberg statt. Das Ergebnis war, daß der sozialdemokratische Kandidat, Dr. Adler, mit 105 Stimmen gegen 220 liberale in Minorität blieb. Also eine Niederlage; und doch ein großer Erfolg für die Sozialdemokratie, welcher auch von den Gegnern mit Schrecken anerkannt wird. Man denke: Unter einem Wahlsystem, welches das Wahlrecht an einen direkten Steuerzensus von fünf Gulden knüpft und somit die eigentlichen Lohnarbeiter vollständig ausschließt, in einem Bezirke, der noch außerdem die weitere Beschränkung des indirekten Wahlmodus hat, erreichen die Sozialdemokraten ungefähr ein Drittel der Stimmen. Außerdem muß in Betracht gezogen werden, daß dieser Bezirk, wie ganz Nordböhmen, als unbeschränkte Domäne der liberalen Partei galt, welcher sämtliche Fabrikanten und Großgrundbesitzer angehören. — Allerdings und in diesem Umstand allein liegt die Berechtigung unserer Partei, auf diese Wahl soviel Arbeit zu verwenden — und in dem Bezirke Tausende von Hausindustriellen in der Glasindustrie thätig, auch finden sich noch Reste von der Hausweberei. Insofern gestalteten die wirtschaftlichen Verhältnisse den Bezirk für unsere Partei zum günstigsten in ganz Oesterreich. Es wurde auch rastlos gearbeitet. Der Kandidat allein hielt etwa dreißig Versammlungen ab, und mindestens ebensoviel wurden

von anderen Genossen abgehalten. Trotz der immer wiederholten Aufforderung wagten die Liberalen nirgends, uns in öffentlichen Versammlungen gegenüberzutreten, dagegen machten sie natürlich von dem Einfluß des Geldsacks ausgiebigen Gebrauch. Bei dem Umfange, daß bei der indirekten Wahl die Stimmabgabe in der Provinz ausfällt, eine geheime Wahl zu sein, ist es außerordentlich anzuerkennen, daß sogar in jenen Orten, wo irgend ein Rabob-unbedingter Herrscher ist und ein Durchdringen von vornherein für uns unmöglich schien, wir sehr ansehnliche Minoritäten erlangten. So unterlagen wir in Tannwald mit 60 gegen 81 Stimmen, in Johannsberg mit 22 gegen 24, in Reudorf mit 81 gegen 88. Im Gablunger Bezirke, wo vor zwei Jahren nicht ein einziger Sozialdemokrat als Wahlmann durchging, hatten wir diesmal 81 Wahlmänner; in dem ganzen Wahlbezirk ist unsere Stimmzahl von 50 im Jahre 1891 auf 105 gestiegen. Wir können mit dem Erfolg unserer Wahlarbeit, wie unsere Gegner die öffentliche Agitation in größtem Stil bezeichnen, zufrieden sein. Es zeigte sich, daß weit in den Mittelstand hinein der Druck der sozialen Noth so groß geworden ist, daß das Vertrauen zur heutigen Gesellschaftsordnung und die Neigung, sich von den staatsbehaltenden Parteien nachführen zu lassen, rasch im Schwanken begriffen ist. Kein Wunder, daß das Resultat unsere Gegner erschreckte. Insbesondere aber der Umstand, daß in dem rein ländlichen Bezirk Friedland nicht weniger als 29 sozialdemokratische Wahlmänner (auf je 500 Einwohner entfällt ein Wahlmann) gewählt wurden, ist es, der sie starr vor Erstaunen machte. Es ist kein Zweifel: hätten wir in diesem Bezirk auch nur das direkte Wahlrecht, selbst mit dem heutigen Wahlsens, so hätte die Sozialdemokratie auf der ganzen Linie gesiegt. Die Kleinbauern erwiesen sich der Auffklärung von unserer Seite ganz außerordentlich zugänglich, und die Erfahrungen, welche gerade diese Wahlagitation für uns gebracht hat, sind allein genügend, um das Wort vom „antifolkloristischen Bauernschädel“ in das Gebiet der Märchen zu verweisen. Die Hasanengärten und Wiltgebe der Großgrundbesitzer in der dortigen Gegend sprechen eine sehr deutliche Sprache; und wenn die Fabrikanten, welche die Bezirksverwaltung beherrschen, für die „Prinzipien des Liberalismus“ eintreten, so genügt ein Blick auf die ausgemergelten, dogenerierten Ausbeutungsobjekte der Fabrikbarone, um zu veranlassen, daß man ihnen ins Gesicht lacht. Sicher ist, daß der Boden in dem Industriebezirke Oesterreichs, insbesondere aber in Nordböhmen von der Sozialdemokratie so durchpflügt ist, daß bei der geringsten Erweiterung des Wahlrechtes, vom allgemeinen Wahlrecht gar nicht zu sprechen, eine ganze Reihe von Bezirken uns gehört. Die bürgerlichen Parteien befinden sich nun in einem argen Dilemma. Der heutige Zustand des Wahlrechtes wird der Bevölkerung immer drückender, der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht ist durchaus nicht mehr auf die Sozialdemokratie beschränkt und immerwehrt werden die heutigen Zustände als Schmach empfunden, für welche insbesondere die liberale Partei verantwortlich gemacht wird. Wenn also das heutige Wahlrecht aufrecht erhalten bleibt, verlieren alle Parteien immer mehr an Boden im Volke; erweitern sie das Wahlrecht aber, so wissen sie sehr genau, daß ihnen eine ganz beträchtliche Zahl von Wählerkreisen sofort und unweidbringlich verloren geht. Darum verschänken sich die Deutschliberalen hinter allerhand angeleglichen Rücksichten, auf nationale Interessen und eben so wenig begründete Besorgnisse vor liberalen Erfolgen, um die Aufrechterhaltung des bisherigen Wahlmodus zu rechtfertigen. Aber immer mehr wird es klar, daß einzig und allein das allgemeine Wahlrecht Oesterreich aus der vollständigen Verumpfung der politischen Verhältnisse retten kann.

Die Judengesetze in Rußland. Im russischen Ministerium des Innern ist ein Gesetzentwurf in Ausarbeitung, nach welchem den Juden, welche in den Flecken und Städten des 50 Werst breiten westlichen Grenzgebiets wohnen, das Recht verliehen werden soll, dort weiter zu wohnen, während das zur Zeit gültige Gesetz den Juden verbietet, daselbst zu wohnen, falls sie nicht bereits vor dem 27. Oktober 1858 sich dort niedergelassen haben. Der neue Gesetzentwurf soll in der nächsten Reichsrathssession zur Verhandlung kommen. Die Gouverneure sind angewiesen worden, die Ausweisung von Juden inzwischen zu sistiren. Diese Vergünstigungen erstrecken sich auch auf schon verurtheilte und rechtskräftig gewordene Ausweisungen. —

Spanische Kortewahlen. Aus Madrid wird gemeldet: In Madrid sind alle republikanischen Kandidaten gewählt; Madrid entsendet somit 6 Republikaner und 2 Monarchisten in die Deputirtenkammer; unter den gewählten Republikanern befindet sich Forilla. Die Clerikalen haben keinen ihrer Kandidaten durchgebracht. Castelar ist in Sevilla gewählt worden. — Gewählt sind in der Stadt der Straßenkämpfe, Barcelona, zwei Republikaner, drei Ministerielle; in Sevilla ein Republikaner, zwei Ministerielle, ein Konservativer; in Saragossa zwei Republikaner, ein Konservativer, ein Ministerieller; in Valencia zwei Republikaner, ein Konservativer. Das Gesamtergebnis ist noch nicht bekannt, scheint aber — was auch durch die Schweigsamkeit des Telegraphen bestätigt wird — der Regierung nicht günstig zu sein. Ueber die sozialistischen Kandidaturen meldet der Telegraph noch nichts. —

Jules Ferry, der Tonkinese, hat durch seine Erwählung zum Präsidenten des Senats den französischen Demokraten und Sozialdemokraten einen großen Dienst geleistet. Seit zwanzig Jahren wird das Wachstum der Republik durch einen häßlichen Weichselkopf gehemmt, den abzuschneiden bisher unmöglich war, weil die Massen des Volks sich von seiner Schädlichkeit nicht überzeugen lassen wollten. Dieser Weichselkopf ist der Senat — eine Körperschaft, die den einzigen Zweck hat, volkschämliche Maßregeln, welche die Deputirtenkammer etwa beschließen könnte, in den Papierkorb zu werfen. Und diesen Zweck hat der französische Senat denn auch im vollsten Maß erfüllt. Dank der Wahl Ferry's, des verhaftesten Mannes in Frankreich, ist den Volksmassen nun endlich ein Licht aufgegangen über die Ungesundtheit und Widersinnigkeit dieses abscheulichen Weichselkopfes, der Lieblingschöpfung des „hohlsten Zwerger“ Thiers. Und die Revision der Verfassung und die Befestigung des Senats steht jetzt in Frankreich auf der Tagesordnung. —

Taine, dessen Werke über die französische Revolution das Einzige aller Reaktionen sind, ist heute gestorben. Das „Genie“ des Herrn Taine bestand darin, daß er allen Schmutz, der zur Zeit der französischen Revolution vorgekommen und von den Royalisten und Pfaffen über die Revolution geschriebe worden ist, mit wirklich anerkanntem Fleiß zusammengelebet und auf den großen Schmutzberg geschrieben hat: Geschichte der französischen Revolution. Es ist ungefähr eine ebenso gute Geschichte der Revolution, als es eine Geschichte der deutschen Sozialdemokratie wäre, wenn ein beliebiger Träger oder Thüring-Mahlow die Berichte der Bismarck'schen Spiegel und Reptilien über die deutsche Sozialdemokratie in ein dickes Buch sammelte, und den Schmierkel: „Die deutsche Sozialdemokratie“ nennte. —

Amerikanische Bourgeois-Tried. Der Senat der Vereinigten Staaten hat, wie wir schon gemeldet, seine Zustimmung zu einem Auslieferungs-Vertrage zwischen Russland und den Vereinigten Staaten erteilt. Da dieser Vertrag auch einbegreift die Auslieferung der Personen, welche des thätlichen Angriffs des Jaren oder der Verschwörung zu einem solchen schuldig sind, so ist damit das Asylrecht für die Russen aufgehoben, denn in einem despotischen Staate wie Russland erscheint jede Aufhebung gegen die Regierung als Angriff gegen die Person des Jaren. Eine solche Willfährigkeit seitens der Republik erscheint um so abschreckender, als sie der Preis eines Schachers ist, indem die Republik sich hierfür die Unterstützung Russlands in ihren Plänen auf Ausdehnung ihres Machtinflusses ausbedang.

Diesem russisch-amerikanischen Handel steht würdig zur Seite die vom Kongresse genehmigte Bill Chandler. Nach derselben erstreckt sich das Verbot der Einwanderung nach den Vereinigten Staaten auf Personen im Alter von über 16 Jahren, welche verkrüppelt, erblindet oder des Lesens und Schreibens unfähig sind, auch Personen, die mit körperlichen Gebrechen behaftet sind, welche dem Staate zur Last fallen können und endlich auf Mitglieder von Vereinigungen, welche verbrecherische Bestrebungen gegen Leben und Eigentum begünstigen. Die letztere Bestimmung trägt zu deutlich das Gepräge einer echten reaktionären Polizeimahregel gegen der Bourgeoisie mißliebige Bestrebungen.

Kampf gegen die Truist in Nordamerika. Die juristische Kommission des Repräsentantenhauses hat, wie wir dem „Sozialpolitischen Zentralblatt“ entnehmen, den Bericht ihrer Unterkommission angenommen, welche eine Enquete über den Whisky-Truist angestellt hat. Der Bericht empfiehlt den Eingangszoll auf Getränke von 2 1/2 Dollars auf 1 Dollar pro Gallone herabzusetzen und den Zoll auf Waaren jeder Art stets daum herabzusetzen, wenn dieselben durch einen Truist oder eine andere ähnliche Unternehmer-Vereinigung beeinträchtigt würden. Diese Maßregel mag unter Umständen die Preisbildung beeinflussen, die Kartelle als solche aber nicht wesentlich hemmen.

Zu Sanffbar hat plötzlich etwas wie eine Palastrevolution gespielt. Der Sultan ist unerwartet und unter verdächtigen Umständen gestorben — einer der Söhne suchte sich durch einen Handstreich der Regierung zu bemächtigen, die Engländer aber schiffen sofort Marinetruppen und Matrosen aus, besetzen den Palast, proximirten ihren Thronfolger und nahmen thätlich von der Regierung Besitz. Das ist in kurzen Umrissen, was aus den verwirrteten und zum Theil einander widersprechenden Nachrichten erhellt. Vieles bedarf aber noch der Aufklärung.

Parlamentarisches.

In die II. Kommission (Abänderung der Gewerbeordnung: Antrag Gröber) ist an Stelle des Abgeordneten Schmarz-Lübeck der Abgeordnete Dieb eingetreten.

Parteinachrichten.

An die Vertrauensmänner der Partei resp. die Preßkommissionen in denjenigen Orten (hauptsächlich Sachsen), in welchen Arbeiterzeitungen erscheinen.

In der zweiten Beilage des „Vorwärts“ Nr. 40 vom 16. Februar d. J. ist ein Aufruf „An die Lagerhalter, welche für Konsum- und ähnliche Vereine in offenen Verkaufsstellen thätig sind“ zum Abdruck gekommen. Durch diesen werden alle arbeitervreundlichen Zeitungen — die sächsischen ganz besonders — „höflich, aber dringend“ aufgefordert, den Aufruf aufzunehmen. Wir, dem Beauftragten in dieser Angelegenheit, sind die Nummern zweier sächsischer Parteiblätter übersandt worden, in denen der Aufruf nicht wie er im „Vorwärts“ gebracht wurde, sondern nur im Auszuge abgedruckt ist. Dem Unangelegenen ist es durch die Kürzung unmöglich gemacht, sich vollständig zu orientieren, und so ersuchen wir die Genossen, dafür Sorge zu tragen, daß der Aufruf, so wie er im „Vorwärts“ gestanden hat, in allen (zum mindesten aber sächsischen) Parteizeitungen, also unverfälscht abgedruckt wird. Bemerkt sei noch, daß ich im Auftrage von 23 Lagerhaltern handle und diese sämtlich der sozialdemokratischen Partei angehören.

J. A.: Ernst Grenz, z. B. Lagerhalter in Chemnitz, Louisenstr. 8, 2 Tr.
Dem Wunsche des Einsenders, dieses Gesuch um wörtlichen Abdruck des Aufrufs unverserielt zu unterstützen, kommen wir hiermit nach. Red. d. Vorwärts.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage wurden abgehalten in Durlach (Referentin Frau Klara Petlin), Groß-Ottersleben (Referent Lange-Wagdeburg), Jena (Ref. Leutert-Abolde).

Landtagswahlen. Im 5. Kreise Dresdens (Antonstadt) ist an Stelle des früheren Kandidaten, Genossen F. Winkler, welcher diesmal ablehnte, der Genosse Paul Gruner als Kandidat zum sächsischen Landtage aufgestellt worden.

Die Parteigenossen im Wahlkreise Mülheim-Beyersdorf-Summersbach, wo infolge des Todes des Reichstags-Abgeordneten Wöbber eine Neuwahl vorzunehmen ist, werden vom Agitationskomitee aufgefordert, ohne Säumen alle Vorbereitungen zur Wahl zu treffen. Deffentliche Wählerversammlungen nach Bedürfnis abzuhalten, werde des Lokalmangels halber schwer gelingen, deshalb solle ein jeder in seiner Ortschaft persönlich auf Wahlkräftigkeit agieren, damit dem Hauptgegner, dem Zentrum, bei der Wahl die Antwort gegeben wird, die ihm für die vorliegenden Verleumdungen unserer Partei und überhaupt der Verleumdungen der selbständigen Arbeiterschaft gebührt. Bei den Wahlen in den Jahren 1887 und 1890 stellte sich das Stimmverhältnis der verschiedenen Parteien wie folgt:

	1887	1890
Zentrum	18 998	12 109
Konservativismus	8 885	129
Nationalliberalismus	—	4 370
Sozialdemokratie	1 665	8 360
Freizium	611	2 007

Zu Mitgliedern der Generalversammlung der Leipziger Orts-Krankenkasse wurden in allen drei Abtheilungen Sozialdemokraten gewählt und zwar in der ersten Abtheilung mit 2003, in der zweiten mit 928, in der dritten mit 1615 Stimmen. Die Gegner hatten bei der Ausschloßigkeit eines Sieges gar keine Liste aufgestellt. Unter den Gewählten befinden sich auch 23 weibliche Mitglieder.

Das Ende der Spenger Schacht. Am 1. März fanden vor dem Herforder Schöffengericht einige Personen wegen Mißhandlung von Sozialdemokraten unter Anklage und zwar: 1. der Necht August Beckmann auf Gut Mühlenburg bei Spenge wegen Verletzung des Schlossers Friedrich Müller aus Bielefeld und wegen Verleumdung mit Steinen auf Inassen eines Wagens, 2. der Tischlermeister Kaspar Heintz Pämlemeyer zu Wallenbrück wegen Verletzung eines Unbekannten, 3. der Schuhmachermeister Wesp. Heintz Weitz zu Spenge wegen desselben Vergehens und 4. der Kolon Christ Heintz Pörtner zu Venninghausen wegen Körperverletzung und Verleumdung mit Steinen auf unbekannte Personen. Das Gericht urtheilte recht milde. Beckmann und Pörtner haben wegen Körperverletzung 30 M. Geldstrafe zu zahlen, Beckmann noch wegen Steinwerfens 5 M. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen Beckmann zwei Monate Gefängnis und 30 M. Geldstrafe beantragt. Soweit sind die Prügelhelden noch gut weggekommen. Einen ordentlichen Denktettel haben Beckmann und Pörtner aber insofern erhalten, als sie zusammen die Kosten des Prozesses zahlen sollen. Diese belaufen sich auf ungefähr neunhundert Mark, was erklärlich ist, da im ganzen über 100 Zeugen vernommen worden sind.

Von der Agitation. Aus Leipzig wird uns geschrieben: Im überfüllten Saale des „Pantheon“ sprach am Sonntag Vormittag Genosse Liebknecht in glänzender Rede über „Antisemitismus und Sozialdemokratie“. Die anwesenden Antisemiten wußten nichts zu erwidern. Eine Resolution im Sinne des Referenten wurde angenommen und mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie gütig man auseinanderging.

In Jabel (Kreis Lückow, Provinz Hannover) wurde am vergangenen Sonntag zum ersten Male eine von unserem Parteigenossen, Hofbesitzer S. Janisch, einberufene öffentliche Volksversammlung abgehalten. Dierzehn Tage vorher hatten die Nationalliberalen eine von uns nach Lückow einberufene Versammlung dadurch unmöglich gemacht, daß sie den Wirth veranlaßten, sein uns bereits zugesichertes Lokal zu verweigern. In Jabel waren nun von den Nationalliberalen die drei Kriegervereine Plats, Göttingen und Rützen mobil gemacht worden, und der Hauptmann des Kriegervereins zu Lückow, Sohn des dortigen Weidewerbesters, Wenz jun., sollte von seinen Getreuen zum Vorsitzenden gewählt werden. Als Genosse Janisch die Versammlung eröffnete, begannen die Kriegervereiner ihren Schlachtfestang in der deutlich erkennbaren Absicht, die Versammlung zu sprengen. Genosse Janisch verlagte sich schleunigst die Versammlung, bis die Sangeswüthigen sich ausgetobt hatten. Dann schritt man zur Wahl und nun stolckten die tapferen Krieger, denn sie hatten die Mehrheit und wählten ihren Hauptmann Benz zum Vorsitzenden. Bekleidet mit Reiterhülsen und Sporen und die Reitgerie in den Stiefeln steckend, begann der Vorsitzende jetzt, jedoch ohne seine Kopfbedeckung, wie es sich ziemte, zu entfernern (die Stufe, doch wenigstens den Hut abzunehmen, schien er nicht zu hören), die Versammlung damit, wie er sich ausdrückte, „einzuweisen“, daß er erklärte, von der Militärvorlage nicht hören zu wollen, das wisse er besser; er stellte dann an den Einberufer die Frage, ob der Vortragende ein Sozialdemokrat sei, worauf ihm geantwortet wurde, daß er danach nicht zu fragen habe. Dann fuhr er fort: „Die Sozialdemokraten wollen die Monarchie abschaffen, und unsern Kaiser und König nehmen; sie wollen uns unser Privatvermögen nehmen. (Nach einer Pause der Erholung): Nun kommen wir zum Größten: Unsere Religion, unseren Glauben wollen sie uns nehmen; den Glauben, in dem wir getauft sind, in dem wir konfirmirt und erzogen sind, wollen sie uns nehmen.“ Diese große Rede hatte etwa 15 Minuten Zeit erfordert. Dann ertheilte er dem Pastor Reinicke das Wort, der aber, wie der „Volksfreund“, dem wir diesen Bericht entnehmen, mittheilt, noch gar nicht ums Wort gebeten hatte. Pastor Reinicke sprach über den Himmel, die Spähen und die Ueberwindung der Sozialdemokratie durch die Religion. Von dem Einberufer daran erinnert, doch zur Tagesordnung: „Die Militärvorlage und die Sozialdemokratie“ zu sprechen, erklärte er, daß er sich nur zum Wort gemeldet habe, um zur religiösen Frage zu sprechen und daß es seine Absicht gewesen sei, nur dann zu sprechen, wenn wir angegriffen werden.“ Wahrscheinlich aber, weil noch kein Angriff erfolgt war, geriet der Herr Pastor, der allem Anschein nach nie in einer öffentlichen Volksversammlung gesprochen hatte, ins Stocken und erklärte nach einigem Zögern, daß er jetzt warten werde, bis der Referent gesprochen habe. Sprach's und trat ab von der Bühne. — Der Vorsitzende wollte jetzt einem der lautesten Rufer das Wort geben; dieser erklärte aber, sich noch nicht gemeldet zu haben. Dem Versuch, einem Dritten das Wort zu ertheilen, kam Genosse Rauch aus Limmern zuvor, der als Referent angemeldet war. Er widerlegte zunächst die Behauptung, daß die Sozialdemokratie bekümmert sei, dem Volk den Glauben und die Religion zu nehmen; die Sozialdemokratie erstrecke die Gleichberechtigung über auch auf wirthschaftlichen Gebiete und dieses Bestreben habe mit der Religion nicht und dem Glauben des Volkes nicht das mindeste zu thun. Den Behauptungen des Pastors Reinicke gegenüber berufe er sich auf die trefflichen Ausführungen des Pastors Schall zu Zahrdorf, der die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu würdigen wisse.

Er richtete auch die Frage an die Versammlung, ob denn jene, welche befürchten gegen uns den Vorwurf erheben, daß wir die Religion vernichten, nämlich die bestehende Klasse und auch eine nicht geringe Anzahl von Vertretern der Religion, die Vorschriften der Religion befolgen, ob diese denn wirklich religiös seien, oder ob sie nur den Splitter in den Augen der zur Erkenntnis gekommenen Arbeiter, nicht aber den Balken in den eigenen Augen sähen? Er erwähnte jetzt die Pastoren Harber, Fied, Müller u. und wies nach, in welcher großer Weise sich diese Diener Gottes gegen die Gebote ihres Herrn vergangen haben; dann zeigte er, wie täglich, nämlich die bestehende Klasse sich gegen die Vorschriften der Religion verbehe. Bei dem fünften Gebot: „Du sollst nicht tödten“, verurtheilte er unter der Zustimmung fast der gesamten Versammlung die neue Militärvorlage. Selbst zahlreiche Mitglieder der Kriegervereine folgten mit Aufmerksamkeit den Ausführungen und zollten Beifall. Nachdem Genosse Rauch dann noch nachgewiesen hatte, in welcher Weise das Volk von den Besitzenden ausgebeutet wird, und daß nicht nur der industrielle, sondern auch der ländliche Arbeiter, der Kleinbauer und der Handwerker ein lebhaftes Interesse an der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionsweise hätten, schloß er damit, daß weder Gewalt noch infame Verleumdung den Siegeslauf der Sozialdemokratie aufhalten könne. Nur der Sozialdemokratie gehöre die Zukunft. (Bangenhaltender Beifall.) Die Versammlung war so sehr von der Wahrheit dieser Ausführungen überzeugt, so viele waren aus Saulstaus zu Paulstaus geworden, daß sie den Vorsitzenden, der wiederholt durch sein taktvolles Betragen — er schlug wiederholt und fast jedes Mal, wenn Genosse R. das Gebahren der Unternehmer scharf verurtheilte, mit dem unteren Ende seiner Reitpeitsche auf den vor ihm stehenden Tisch, vielleicht, um dadurch sein Mißfallen auszudrücken — die Versammlung geführt hatte, gar nicht mehr hören wollten. Als er den Mund aufstun wollte, erhob sich ein solcher Mann, daß er es vorzog, die Versammlung zu schließen und sich mit der größten Geschwindigkeit durch die Hintertür zu entfernen. Nach Schluß der Versammlung haben die nationalliberalen Geisteshelden beschämt sich gegenseitig ihr Leid gegallt. Ihre Niederlage haben sie damit eingestanden, daß sie nachher ausruften: „Ja, wir hätten uns einen tüchtigen Redner kommen lassen müssen!“ Die oft recht drastischen Bemerkungen der empöbten Männer und Frauen, denn auch letztere hatten zugehört, über das Gebahren der Nationalliberalen wiederzugeben, würde zu weit führen; wir schließen uns ihrem Wunsche an: Möge bald wieder eine solche Versammlung stattfinden. — — Mittheilen wollen wir noch, daß Genosse

E. Janisch mit 24 gegen 2 Stimmen in den Schulvorstand gewählt worden ist. Auch auf dem Lande wird es nicht, trotz alledem!

Parteifinanzen. Nach den letzten Jahresberichten der sozialdemokratischen Vereine der drei Hamburger Wahlkreise stellen sich Mitgliederzahl und Kassenverhältnisse wie folgt:

Sozial. Verein	Mitglieder	Einnahme 1892	Ausgabe 1892	Kassenbest.
1. Wahlkreis	3300	20 896,92 M.	15 680,84 M.	4 736,08 M.
2. „	2650	19 311,49 „	14 844,90 „	4 966,59 „
3. „	6333	33 145,67 „	29 187,57 „	8 958,10 „

Insges. 12 283 72 854,08 M. 59 193,31 M. 18 680,77 M.
Unter den 6333 Mitgliedern des Vereins im 3. Wahlkreis befinden sich, wie schon früher mitgetheilt, 82 weibliche.

Der Sozialdemokratische Verein in Altona zählt rund 2300 Mitglieder. Die letzte Jahreseinnahme betrug 6655,60 M., die Ausgabe 4831,70, der Kassenbestand 1823,90 M.

Der Sozialdemokratische Verein in Ottenfen zählt rund 1400 Mitglieder. Die Einnahme betrug 3876,40 M., Ausgabe 2748,90 M., Kassenbestand 1127,50 M.

Der Sozialdemokratische Verein für Wandsbek hat eine Mitgliederzahl von 1100. Die letzte Jahreseinnahme beziffert sich auf 2881,20 M., die Ausgabe betrug 2022,60 M., der Kassenbestand 858,60 M.

Der Sozialdemokratische Verein in Harburg hat einen Kassenbestand von 518,30 M.

Der Sozialdemokratische Verein von Wilhelmsburg und Umgegend zählt 700 Mitglieder und erzielt eine Einnahme 2309,35 M., hatte eine Ausgabe von 1303,45 M. und einen Kassenbestand von 1002,90 M.

Der Sozialdemokratische Verein in Schiffelbeil zählt 250 Mitglieder. Die Einnahme betrug 643,98 M., die Ausgabe 501,98 M., der Kassenbestand 142 M. Kuperdem sind 100 M. belegt.

Von den Sozialdemokratischen Vereinen in Altona-Wandorf und von Volkstedt-Langensfelde und Umgegend liegen nähere Angaben nicht vor.

Aus diesen Daten ergibt sich, daß die sozialdemokratische Organisation in dem zusammenhängenden Städtelkomplex Hamburg-Altona-Ottenfen-Wandsbek insgesamt rund 17 000 Mitglieder zählt, daß eine Jahreseinnahme von 86 267,26 M. erzielt wurde und am Jahreschluß ein Vermögen von 23 470,90 M. vorhanden war.

Todtenliste der Partei. Durch Herabstürzen von der Leiter hat sich in Rodau bei Leipzig der bewährte Parteigenosse Friedrich Wehner derartig verlegt, daß bald darauf sein Tod erfolgte.

Postzeitliches, Gerichtliches etc.
— Oesterreichisches. Der Redakteur des „Brünnener Volksfreund“, Genosse Dunsela, wurde wegen eines Preßvergehens zu 14 Tagen Arrest verurtheilt, mit einem Posttag, verurtheilt.

Soziale Ueberblick.

Die Maurer und Zimmerer Riels haben Lohndifferenzen mit den Unternehmern und ersuchen deshalb dringend um Freihaltung des Zugugs.

Die Mannheimer Brauergesellen haben, wie das D. B. Herald meldet, theilweise die Arbeit niedergelegt, weil die Brauereien, mit Ausnahme der Badischen Brauerei, ihre Forderungen nicht bewilligen wollten. Näheres über die Ursachen dieses Ausstandes ist noch nicht bekannt.

Die Waggonfabrik von Lipinski in Samol und Neu-Jagorz (Galizien) hat 54 Arbeiter entlassen, weil sie sich weigerten eine Erklärung zu unterschreiben, in der sie sich verpflichten sollten, keinem Arbeitervereine und besonders nicht dem Arbeiter-Bildungsvereine „Sila“ in Neu-Jagorz beizutreten. Die Entlassenen sind die besten Arbeiter der Fabrik, und Lipinski wird nachgeben müssen, wenn kein Zugug kommt. Wir wenden uns an Euch Genossen mit der Bitte, jeden Zugug fernzuhalten. Der Vertrauensmann in Neu-Jagorz.

In der ungarischen Schraubenfabrik in Budapest ist ein Streik ausgebrochen, weshalb um strenge Fernhaltung des Zugugs gebeten wird.

In Genf haben die Buchdruckerbesitzer und Buchdrucker-gehilfen ein Uebereinkommen getroffen, wonach der bisherige (1877er) Lohnstarif erhöht und die neunständige Arbeitszeit eingeführt wird. Die Uebereinkunft gilt auf 7 Jahre und tritt am 1. April in Kraft. Von 24 Druckerereien sind ihr nur 2 oder 3 nicht beigetreten. Die in diesen beschäftigten Schilfen haben deshalb die Arbeit niedergelegt.

Herr Rudolf Naiffisen, der Begründer der in ihrer Art hochbedeutenden Organisation der landwirthschaftlichen Darlehnskassen, bittet um Aufnahme folgender Mittheilung:

Beitrag zum 8. Reuwerd, den 8. März 1893. Auf Grund eines Abkommens legte ich unterm 28. November v. J. mein Amt als Generalanwalt des Reuwerder Genossenschaftsverbandes „aus Gesundheitsrückichten“ nieder, nachdem ich schon unterm 20. Oktober meine Amtsniederlegung, und zwar nicht aus Gesundheitsrückichten in Aussicht gestellt hatte.

Das betreffende Abkommen ist von anderer Seite schon am 1. Dezember gebrochen worden und es haben inzwischen Gerüchte über mich Verbreitung gefunden, welche mich nöthigen, nunmehr aus meiner Reserve hervorzutreten.

Ich erkläre hiermit, daß ich unterm 28. November v. J. meines Amtes entsetzt wurde und daß die Anknüpfung meiner Amtsniederlegung vom 20. Oktober v. J. mit meiner Gesundheit nichts zu thun hatten, sondern daß ihr prinzipielle Fragen zu Grunde lagen. Diese werde ich an Hand von Aktenstücken demnächst der Deffentlichkeit übergeben.

Gleichzeitig bemerke ich, daß, um eine gerichtliche Behandlung der Frage, soweit sie meine Entlassung angeht, zu ermöglichen, ich Rechnunglegung nicht überhaupt, sondern nur dem General-Anwaltschaftsrathe gegenüber verweigert habe, da mir in diesem keine juristische Person gegenübersteht, an welche ich mich halten konnte. Ich gebe dies meinerseits öffentlich bekannt, da man aus genannter Thatsache gegen mich bereits Kapital geschlagen hat.

Hochachtungsvoll Rudolf Naiffisen.

Aus dem Saarrevier wird uns über das Verhalten der Bergwerksdirektion den Bergleuten gegenüber berichtet: Die Direktion verlangt von den Bergleuten den Austritt aus dem Rechtsschutzverein, zweitens dürfen sie das Blatt „Schlagel und Eisen“, den „Vorwärts“ und den „Boten von der Saar“ nicht lesen, drittens keinem Kasino angehören, widrigenfalls sie von der Grube entlassen werden. Viele Bergleute geben aus Noth ihre Namensunterschrift dazu her. Ferner wird von den Abgelegten sogar verlangt, daß sie durch Namensunterschrift auf ihre wohlverordneten Rechte an die Knappschaftskasse Verzicht leisten, nämlich auf freie Kur in Krankheitsfällen, auf Beschaffung von Schulbüchern für ihre Kinder sowie auf die Sterbe-Unterstützungsgelder. Dies Alles wird auf das strengste durchgeföhrt. Dabei stehen der Direktion Kapitalisten und Geistliche zur Seite. Die Noth unter den Abgelegten ist groß. Unterstützung deshalb nach wie vor dringend nöthig.

Wenn man den Abgelegten zumuhlet, auf ihre Kassenrechte Verzicht zu leisten, was kann sie zwingen, der Direktion diesen Gefallen zu thun? Sie sollen einfach nicht verzichten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Dienstag, den 7. März.
Opernhaus. Die Walküre.
Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Festung-Theater. Heimath.
Hoftheater. Familie Pont-Biquet. Vorher: Gläubiger.
Deutsches Theater. Der Tallisman.
Berliner Theater. Sean.
Wallner-Theater. Der Fall Clémenceau.
Froll's Theater. Das Glöckchen des Eremiten.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Tosca.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Don César.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Der Tallisman.
National-Theater. König Ottolar's Glöckchen und Ende.
Alexanderplatz-Theater. Dorf und Stadt.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 73. Male:
Modernes Babylon.
Gesangspötte in 8 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Coupletts theilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Nulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm + Gde. . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Unhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Castan's Panoptikum.
Letzte Woche!
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili,
kleinst. lebend. Elefant d. Welt,
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Konzert.
Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Passage-Panoptikum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Truppe Hugoton, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserfänger.
The Matinos, Grenatiers.
Geschw. Taciani, Duettistinnen.
Heinr. Bender, Humorist.
Martha Ventura, Kostümfouquetten.
sowie sammtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Sinderwagen. Größtes Lager Berlins
Zandstrasse 23. Sp

Circus Renz.

(Karlstraße.)
Dienstag, 7. März, Abends 7 1/4 Uhr:
Auf allseitiges Verlangen:
7. Wiederholung der Gala-Festvorstellung vom 27. Januar.
Grosser Festaufzug.
1. Reigen der Ritter und Edelknechte;
2. Militärisches Divertissement (Gegenwart). Zum Schluss:
Ein Künstlerfest.
Grosse Ausstattungs-Pantomime.
Neue Einlagen mit überraschenden Wasser- und Lichteffekten. Ballet von 100 Damen. Grosser Blumen-Corso. Brillant-Feuwerk.
Ausserdem: **Mr. James Pills** mit dem Schulpferde **Germinal.**
Zum 1. Male: **Das boxende Känguruh** (Parodie), direkt von Australien importirt, u.
Morgen, Mittwoch, Abends 7 1/4 Uhr
Ein Künstlerfest.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast

Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstrasse 77-79.
Täglich:
Germania-Konzert- u. Komplet-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clowns **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen.
sowie 6 Billards und 8 Kegelbahnen.
F. Sadtke.

Etablissement Buggenhagen.

Moritz-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert.**
Grosser Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von **Hakenhofer Lagerbier**, hell und dunkel.
In Sonn- und Festtagen findet das Konzert in den oberen Sälen statt.
Entree Wochenl. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten u.
* Ich warne Jeden, meiner Frau auf meinen Namen etwas zu borgen, da ich für nichts auskomme. **Franz Köhler.**

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstrasse 2.

Heute gelangt zur allgemeinen Versendung:
Der sozialdemokratische Zukunftsstaat.
Verhandlungen des Deutschen Reichstages am 31. Januar, 3., 4., 6. und 7. Februar 1893.
(Veröffentlicht nach dem offiziellen stenographischen Bericht.)
ca. 128 Seiten Serikon-Oktav. Preis geheftet 15 Pf.
In Partien Rabatt.

Unser Bericht bringt nicht nur die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern die gesammte Debatte über die betr. Frage, also auch die Reden der Gegner, und wird derselbe den Parteigenossen als gutes Agitationsmittel dienen. Zahlreichen Bestellungen, die wir baldigst anzugeben bitten, seien wir entgegen.
Alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von ausserhalb eruchen wir um gleichzeitige Einfindung des Betrages (Porto extra).

Roh-Tabak
!! Grösste Auswahl !!
am dieselben Plage. [3727L*]
Billigste Preise!!!
Bequemste Bedingungen!!!
Jetzt
Oranienburgerstrasse 2,
dicht am Hade'schen Markt.
A. Goldschmidt
Oranienburgerstrasse 2,
vorn am Hade'schen Markt.

Allen Kollegen und Freunden, insbesondere den Mitgliedern des „Gauvereins Berliner Bildhauer“, sowie dem Gesangverein Stralauer Liedertafel II sage hiermit für die rege Theilnahme bei der Beerdigung meines unvergesslichen Mannes **Ernst Schulze** meinen herzlichsten Dank. (1864b) Frau Schulze.

Danksagung. 1675b
Allen meinen lieben Verwandten, Freunden, sowie den Mitgliedern des Altdeutschen Rauchklubs, insbesondere den Frauen desselben, ferner den Arbeitern der Möbelfabrik des Herrn **G. Klug** und dem Gesangverein Sängergesellschaft des Arbeiter-Bildungsvereins zu Friedrichsberg Hoffnung I für die innige Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Anna** meinen tiefgefühltesten Dank!
Max Frohmann nebst Tochter.

Danksagung.
Allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank für die liebevolle Theilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meiner lieben Frau.
Ferner sage ich der Familie **Thierlein** für alle Güte meinen besten Dank.
1677b
Der tiefbetruübte Gatte
J. Stedij und Sohn.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker.

Außerordentliche Generalversammlung
am Donnerstag, 16. März, Ab. 8 Uhr, in **Feind's Salon**, Weinstr. 11.
Tagesordnung:
1. Da der Bezirksausschuss die Genehmigung des § 13 des neuerevidirten Statuts verweigert, nochmalige Abstimmung über denselben.
2. Zusatz zu § 63a.
Die Kassennmitglieder und Arbeitgeber werden nach § 44 des Statuts hierzu eingeladen.
257/2
Der Vorstand.

Berl. Arbeitervertreter-Verein.

Mittwoch, den 8. März, Ab. 8 1/2 Uhr, bei **Seefeld**, Grenadierstr. 32:
Vereins-Sitzung.
Tagesordnung:
1. Die Umgestaltung der Krankenkassen nach dem neuen Krankenkassen-Gesetz. Ref.: Herr **Gutholt**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1674b
Die vereinigten Vorstandsmitglieder der Orts-Krankenkassen Berlins sowie die Vorstände der freien Hilfskassen werden zu dieser Sitzung ganz ergebens eingeladen.
Der Vorstand. J. A.: **Martin**.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale **Königsbau**, Große Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **R. Köster** über die Pariser Kommune. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren. 4. Vereinsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. Um zahlreichen Besuch ersucht der Vorstand.
Die Zahlstellen des Vereins befinden sich im
Osten:
W. Lock, Friedrichsbergerstr. 11.
O. Zabel, Frankfurter Allee 90.
E. Böhl, Frankfurter Allee 74.
Ungerling, Westlauerstr. 27.
Spieckermann, Markussstr. 6.
Rattke, Krautstr. 48.
Gumpel, Barnimstr. 42.
Südosten:
Fritz Zebell, Raunigstr. 86.
Karl Scholz, Brangelstr. 32.
Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a.
W. Gescho, Brangelstr. 85.
Spindler, Reichensbergerstr. 118.
876/14*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 9. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn **Philipp**, Rosenthalerstrasse 88:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Richard Fischer**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreichen und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.
NB. Die Abrechnung des Stiftungsfestes findet Dienstag Abend 8 1/2 Uhr bei **Portel**, Gipsstrasse 3, statt und werden die Genossen ersucht, daselbst ihre Billets abzurechnen.
379/2

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mitglieder-Versammlung
Dienstag, den 7. März, Abends 8 1/2 Uhr, **Perlebergerstr. 13.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Förster** über Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragekasten. 240/2*
Gäste haben Zutritt. Die Broschüren werden gratis an die Mitglieder in der Versammlung wie in den Zahlstellen verabfolgt.
Der Vorstand.

Berliner Streik-Kontrollkommission.

Donnerstag, den 9. März, Abends 8 Uhr, **Annenstr. 16:**
Oeffentliche Versammlung der Delegirten.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme der Berliner Gewerkschaften zum Submissionswesen des Magistrats.
2. Bericht über die Gewerbergerichts-Wahlen.
3. Die Zentralisierung der Arbeitsnachweise nach den Vorschlägen des Herrn **Dr. Freund**.
4. Die Umgestaltung der Berliner Streik-Kontrollkommission. Um recht zahlreichen und pünktliches Erscheinen ersucht
Der geschäftsführende Ausschuss der Berliner Streik-Kontrollkommission.
274/3 J. A.: **Hermann Faber**, SO., Grünauerstr. 4, Hof I.

Deutscher Tischler-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Dienstag, den 7. März 1893, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Ch. Volk**, Alte Jakobstrasse 75 (unterer Saal):
Außerordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung: Besprechung der zum Verbandstage zu stellenden Anträge. Anträge des Vorstandes, die Geschäftsordnung u. den Arbeitsnachweis betreffend. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 317/6
Um regen Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter (früherer Medizinal-Verein).

Dienstag, den 7. März, Abends präz. 8 1/2 Uhr, bei **Röllig**, Neue Friedrichstr. 44:
General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses sowie der Kranken-Kontrollreure. 3. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand: **Louis Dechand**.
Central-Krankenkasse der Tabakarbeiter. Berlin II.
Dienstag, den 7. März, Abends 9 Uhr, bei **Röllig**, Neue Friedrichstrasse 44:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes.
1488b
Die Ortsverwaltung: **Louis Dechand**.

Verband deutscher Zimmerleute.

Lokalverband Berlin.
Mittwoch, den 8. März, Abends 8 1/2 Uhr, bei **Th. Boltz** (früher Feuerstein), Alte Jakobstrasse 75: 360/9
Monats-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Prostitution. Referent: Genosse **Wach**. 2. Bibliothekfrage.

Arbeiter-Jüngerbund

Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 12. März, Vorm. 10 Uhr, im Saale der **Brauerei Friedrichshain**:
Uebungsstunde.
Die Vereine sind verpflichtet, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Bundesnoten neueren und älteren Datums sind mitzubringen.
NB. Laut Beschluss der Ausschussung hat zur Ausführung einer Gesangsprobe jeder Verein zu dieser einen Sänger zu stellen. Die Eintheilung der betreffenden Stimmen ist beizubehalten, wie dies bereits schon einmal gesehen. Der bestimmte Sangesbruder hat zu erscheinen.
105/10
Der Vorstand.

Musik-Instrumente.

Größtes Lager in Zithern, Violinen, Guitarron, allen Blasinstrumenten, sowie Harmonikas jeder Art. **Musikwerke** zum Drehen und selbstspielend (mit Arbeiterkiedern). Reparaturen schnell und gut. Großes Notenlager.
Aug. Kessler, 51. Laufferstr. 51.
3687L*

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung vom 6. März 1893. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: v. Stephan.
Die Beratung des Post-Gesetzes wird fortgesetzt. Die Diskussion über den Ausgabebetrag „Gehalt des Staatssekretärs 24 000 M.“ nimmt ihren Fortgang.

Abg. **Webel:** Der Staatssekretär hat mit einer Hartnäckigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre und trotz des Widerspruches fast allen Parteien an seiner alten Auffassung in bezug auf den Postassistenten-Verband festgehalten. Wir halten dafür, daß dem Beamten durch seine Beamtenstellung seine staatsbürgerlichen Rechte nicht im geringsten beschnitten werden dürfen. Will man in dieser Beziehung Änderungen, so muß der Weg der Gesetzgebung beschritten werden, nimmermehr darf aber die Verwaltung auf dem Wege des Erlasses besonderer Vorschriften diese Beschnidung eintreten lassen. Bei der Beratung der Bundesverfassung wollte der Reichskanzler, damaliger Bundeskanzler Graf Bismarck eine Bestimmung aufgenommen wissen, welche den Staatsbeamten das passive Wahlrecht nahm. Wir würden einer solchen Bestimmung durchaus nicht widerstreben. Wir würden es für einen Vortheil halten, wenn Landräthe, Regierungs- und Oberpräsidenten, Staatsanwälte u. dgl. auf diese Weise vom Reichstag fern gehalten werden könnten. So lange es aber gesetzlich anders vorgeschrieben ist, darf man sich nicht darüber hinwegsetzen; was den höheren Beamten recht ist, muß den unteren und auch den Postassistenten billig sein. Es handelt sich nicht einmal um einen politischen, sondern um einen reinen Privatverein, an dem sich die gemäßigten Postassistenten beteiligten. Der Staat kann von seinen Beamten nichts anderes verlangen als was ihnen an Amtspflichten obliegt. Innerhalb dieser Grenze ist eine gewisse Disziplin nothwendig, aber darüber hinaus hört die Vollmacht der Verwaltung auf Vorschriften zu erlassen. Landräthe, Präsidenten, Oberpräsidenten und Staatsanwälte und Richter dürfen sogar ins Land hinausgehen und politische Agitation machen, zum Theil gegen die Regierung, und dieser Verband soll nicht seine materiellen Interessen vertreten? Was Herr v. Stephan hier an den beiden Tagen gegen die Assistenten und ihren Verband vortrug, zeigte ein solches Maß von Feindseligkeit, ja von Gefährlichkeit gegen die ihm unterstellten Beamten, wie es kaum bei einem so hohen Beamten des Reichs erhört ist. Die Kleinlichen Dinge, die zu denen der Herr Staatssekretär sich herabgelassen hat, um die Schlechtigkeit des Postassistenten-Verbandes zu beweisen, haben für diese Behauptung keinen Beweis erbracht, weder die väterlichen Ermahnungen gewisser Oberpostdirektoren an die jüngeren Beamten, gewisse Pensionate zu bezeugen, noch die Kritik der Wirthschaft der Bekleidungskasse des Verbandes. Daß eine Genossenschaft mit einem bedeutenden Waarenumsatz erhebliche Aufwände hat, ist selbstverständlich, es folgt aber nicht, daß es ihr finanziell schlecht geht. Wenn jeder Privatmann die Sicherheit hätte, daß die bei ihm kauenden so regelmäßig abzählten, wie es bei dem Verbande der Fall ist, dann könnte er sich gratulieren. Es ist Sache der einzelnen Beamten, ihr Geld auszugeben und anzulegen, wie sie wollen, darüber hat der Staatssekretär keine Vormundhaft auszuüben. Es ist aber oben drein nicht wahr, daß die Verwaltungskosten so hoch sind. Von den 25 000 Mark entfallen nur 24 000 Mark auf das Gehalt eines Beamten, der Rest setzt sich aus den verschiedensten Ausgaben zusammen. Man sieht, mit welchem Mangel an Objektivität fortgesetzt dieser Verein von der vorgesetzten Behörde beurtheilt wird. Das angebliche Defizit von 25 000 M. konnte nur beim Mangel auch der letzten Spur von Objektivität aus dem Bericht des Verbandes herausgelesen werden. Herr von Reudell fürchtet das Umsichgreifen dieser die Disziplin erschütternden Behauptungen. Ja, in Bayern existirt, ohne von der Regierung molestickt zu werden, ein Verband der Briefträger und Postboten; in Sachsen bestehen zahlreiche Vereine und Verbände von Unterbeamten, welche durch die Förderung der Regierungsorgane zur Blüthe gelangt sind. Da bis auf Herrn von Reudell das ganze Haus die Haltung des Herrn von Stephan verurtheilt hat, muß, wenn im nächsten Jahre der Reichstag wieder in die Lage ver-

setzt wird, über diese Dinge Klage führen zu müssen, erwoogen werden, ob nicht in der nächsten Session der Postverwaltung in Form einer Resolution ein entschiedenes Mißtrauensvotum zu ertheilen ist. Es ist ein unerhörter Zustand, daß der Reichstag es sich gefallen läßt, daß Jahr für Jahr die Postverwaltung immer dieselben Wünsche unberücksichtigt läßt. Wegen die Bevormundung der unteren Postbeamten, wie sie ihr Geld anlegen und verbrauchen sollen, muß ich auf das Entschiedenste Protest erheben. Die Postgehilfen werden ganz unzureichend besoldet; der Staatssekretär weist einfach darauf hin, daß hier die Eltern zuzuschreiben haben. Dieses System besteht lediglich im Gebiete der Justizverwaltung bei den Referendaren; diese müssen eine zeitlang dem Staate umsonst dienen. So liegt es aber bei den Postgehilfen nicht, und diese müssen also auch hinreichend bezahlt werden. Fälle gerichtlicher Verurtheilung solcher Beamten, welche wegen ungenügender Bezahlung sich an amtlichen Geldern vergreifen haben, sind nicht selten; die Verwaltung sollte die Wiederkehr solcher Fälle verhüten, anstatt immer nur auf Ueberschüsse zu sinnen. In Berlin werden Hunderte von Unterbeamten beschäftigt, denen man, soweit sie intelligent sind, die Geschäfte von Oberbeamten überträgt, um mit den höheren Gehältern möglichst zu sparen. Dieses System geht durch die ganze Verwaltung und erzeugt in den Kreisen der Beamten die allergrößte Unzufriedenheit. Wir angeln nicht, wie Herr Liebermann von Sonnenberg glaubt, nach den Postbeamten, wir bringen nur ihre berechtigten Klagen vor; was den Anruf betrifft, der durch den „Vorwärts“ an die Postunterbeamten verbreitet wurde, so ist er allerdings von einem Unterbeamten verfaßt, der sich an und gegenwärtig hat, weil er bei keiner anderen Partei Gehör fand. Herr v. Stephan hat bekanntlich sofort nach Bekanntwerden des Anrufs eine Statistik über die Wohnungen der Post-Unterbeamten veranlaßt; den Erfolg hat der Anruf sofort gehabt, und das beweist, wie berechtigt die Klage der Beamten über die Höhe der Wohnungszuschüsse ist. Auf das System der Garnisonierung der Postbeamten, wie sie Herr Stöcker empfohlen, wird ja der Reichstag gewiß nicht eingehen; für Berlin ist das ohnehin undurchführbar. Der Zuschuß von 240 Mark ist absolut unzureichend; eine Aenderung braucht nicht erst 1897, wo der zehnjährige Turnus herum sein würde, sondern muß, weil sie dringend nothwendig ist, schon jetzt eintreten. Eine unglückliche Einrichtung sind auch die Amtsärzte, die nach dem Glauben der Unterbeamten lediglich den Zweck haben, möglichst streng und rigoros bei der Untersuchung und der Urlaubsbewilligung zu verfahren, damit die Verwaltung möglichst wenig belastet würde. Aus Leipzig werden traurige Fälle von Härten der oberen Beamten gemeldet. Ein Briefträger erhielt nicht die erbetenen zwei Stunden Urlaub, welche er zur Teilnahme an der Beerdigung seiner 16jährigen Tochter benutzen wollte. Ein anderer Beamter erhielt nicht zwei Stunden Urlaub, um sich trauern zu lassen. (Weiterkeit und Hört! Hört!) In anderen Fällen wurde ein Erbsmann verlangt, den der Urlaubnachsuchende nicht stellen konnte. Einem Beamten wurde nicht gestattet, an das Sterbebett seiner todtkranken Frau zu eilen; er kam erst nach Hause, als die Frau schon gestorben war. Solche Fälle grenzen doch an Grausamkeit. Diesen Beschwerden könnte abgeholfen werden, ohne daß es die Reichspost etwas kostete, und andererseits würde die Arbeitsfreudigkeit der Beamten sehr gehoben werden. Wenn Herr v. Reudell davon spricht, daß Deutschland froh und stolz sein müsse, solchen Generalpostmeister zu haben, so enthalten doch alle die gerühmten Reformen des Herrn v. Stephan nichts, was nicht in dem einen oder anderen Lande schon vorher vorhanden war; Neues hat er nicht gebracht; sein Verdienst besteht nur darin, das vorhandene Gute auf das deutsche Reichspostgebiet übertragen zu haben. In den letzten Jahren sind alle Neuerungen nur nach dem heftigsten Widerstande des Herrn v. Stephan eingeführt worden. Wie viel Mühe hat es gekostet, die Streikbandsendungen für 5 Pfennige durchzuführen! Jetzt weigert sich Herr v. Stephan hartnäckig, die Gewichtsgrenze für einfache Briefe von 15 auf 20 Gramm zu erhöhen; er bezieht sich auf den Ausfall, der entstehen würde und weist die Exemplifikation auf Oesterreich zurück. Ist denn eine Institution wie die Post nur zur Plausmacherei da? Oesterreich steht hinter Deutschland nicht zurück, sondern es ist ihm in postalischen Einrichtungen weit voraus! Oesterreich hat zuerst die Postkarten eingeführt, Oesterreich hat auch

längst das Institut der Briefkarten, welches Herr v. Stephan ebenfalls nicht annehmen will. Wir haben in Berlin noch heute das Groschenporto, während die Briefkarte in Wien nur 3, im Verkehr mit dem übrigen Lande aber nur 5 Kreuzer kostet. Natürlich muß, wenn die Verwaltung sich so zurückhält, die Privatpost ihr große Konkurrenz machen und Schädigungen zufügen. Was nun den Beförderungspreis der Zeitungen durch die Post betrifft, so anerkennen wir auch, daß die gegenwärtige Einrichtung sehr mangelhaft ist und lassen über die Aenderung mit uns reden. Aber Herr v. d. Schulenburg sprach nicht bloß von der technischen Seite der Sache, sondern ging weiter, indem er verlangte, Rücksicht auf die Tendenz der Blätter zu nehmen; er zog gegen die billigen Blätter los, welche die Person des Monarchen verunglimpfen, Umsturz gegen die bestehende Ordnung predigen u. s. w. und Herr v. Stephan sprach dementsprechend davon, daß auch auf den Geist der Zeitungen Rücksicht zu nehmen sein würde. Ich hoffe, daß sich nie ein Reichstag finden wird, der sich diese Ausführungen zugänglich erweist. (Widerspruch des Staatssekretärs v. Stephan.) Ja, dann bitte ich um eine Aufklärung, was es heißen sollte: die Blätter bestehen nicht bloß aus Papier und Druckerwärze, sondern auch aus Geist, und es wird darauf Rücksicht genommen werden müssen. Natürlich ist die Presse anderer Parteien denen um den Herrn v. d. Schulenburg ein Greuel. Die sozialdemokratische Presse wird heute relativ am wenigsten durch die Post befördert. Den Schluß der Schalter am Sonntag Nachmittag muß ich dringend befürworten; erst dann bekommen die Beamten wirklich eine Sonntagsruhe, die sie heute nicht haben.

Direktor **Fischer:** Wir haben gegen den Postassistenten-Verband keine Maßnahmen getroffen, die wir nicht treffen konnten. Es ist kein Beamter wegen Teilnahme am Verbands bestraft worden, es ist der Beitritt zum Verbands nicht verboten worden. Aufmerksam haben wir darauf zu achten, daß unsere Beamten in ihren Privatverhältnissen nicht in Schanden gerathen, die Verfehlungen nach sich ziehen. Unsere Einwirkung auf die Beamten würde viel zu eng gefaßt sein, wenn wir uns um ihre Privatverhältnisse schlechthin nicht zu kümmern hätten. Darum sind auch die getadelten Erlasse durchaus berechtigt gewesen. Für Gehaltsverbesserungen treten wir ein, ohne daß es einer Aenderung aus dem Reichstage bedürfte. Vor zwei Jahren sind von den Gehaltsverbesserungen 11 1/2 Millionen auf die Postbeamten entfallen. Alle Beamten glücklich zu machen, wird uns nicht gelingen. Die Post-Kriminalstatistik befreit sich von Jahr zu Jahr, weil das soziale Niveau unserer Beamten durch den Chef der Reichsverwaltung immer mehr gehoben wird. Der Vorwurf mangelnder Objektivität bei der Beurtheilung der finanziellen Verhältnisse des Verbandes muß ich zurückweisen. Nach der neuesten Nummer der Verbandszeitung ist die Zahl der Pflichtvergessenen, welche den Beitrag schulden, noch eine sehr große, und es wird der Vorschlag gemacht, den Beitrag jährlich auf einmal im Voraus zu erheben. Die Postgehilfen beziehen kein Gehalt, sondern nur eine Beihilfe; nicht bloß in der Justizverwaltung, sondern in allen Verwaltungszweigen muß der Anfänger ganz unentgeltlich für die Verwaltung arbeiten. Die Einrichtungen in Bayern und Sachsen, welche der Vorredner lobte, sind nach preussischem Muster viel später geschaffen worden. Wir sind trotz dem Vorredner nicht der Meinung, daß der Anruf wegen der Wohnungszuschüsse von einem Post-Unterbeamten verfaßt ist, sondern wohl von der Redaktion selbst. Der Wohnungszuschuß ist eben nur ein Zuschuß, der für die ganze Miete gewiß nicht ausreichen mag, namentlich nicht in Berlin. Die Vermehrung der Sekretärstellen von ca. 2000 im Jahre 1871 auf 4500 im gegenwärtigen Etat widerlegt doch deutlich die Behauptung, daß bei der Kreisung von höheren Stellen karg verfahren worden ist. Die Wohnungszuschüsse erreichen bei der Hälfte der Beamten die ganze, bei der andern Hälfte die halbe zahlbare Miete. Bei dieser letzteren Hälfte wird der Post durch Abvermieten von Zimmern u. s. w. gedeckt. Und diese Erscheinung ist es auch, die uns dem Gedanken der Erbauung von Wohnhäusern für die Postbeamten skeptisch gegenüberstellen läßt. Die Einrichtung des Postvertrauensarztes hat Herr Webel verächtlich, ohne eine Spur von Beweis anzubieten. Die Einrichtung stammt aus dem Jahre 1891, aus der Cholerazeit, sie schließt für die Unterbeamten die unent-

Freie Volksbühne.

Als die „Freie Volksbühne“ noch im Entstehen war, entspann sich ein nicht uninteressanter Kampf darum, ob auf der neuen Bühne der Ernst oder der Scherz den Vorrang haben solle. Ein Theil der Mitglieder verlangte „was Lustiges“, da ja das Leben schon ernst und traurig genug sei. Schließlich siegte aber die andere Richtung, und man bewegte sich im allgemeinen nur in den durch die Eröffnungs-Vorstellung „Ibsens Stützen der Gesellschaft“, vorgezeichneten Bahnen sozialkritischer Dramatik.

Angereichert durch Bauernkomödie „Doppelselbstmord“ gab freilich bald Gelegenheit, zu zeigen, daß man auch in der Freien Volksbühne zu lachen versteht. Und diese lehrreiche Erfahrung eines früheren Vereinsjahres ist am letzten Sonntag durch die Aufführung des einaktigen Lustspiels „Der zerbrochene Krug“ von Heinrich von Kleist, und des vieraktigen Schwankes „Die Großstadtluft“ von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg aus Neu und zugleich aufs Nachdrücklichste bekräftigt worden.

Die Wahl zum mindesten des letzten Stückes für eine Aufführung in der Freien Volksbühne hätte gewagt scheinen können. Wir vermuthen beinahe, daß man an gewisser Stelle selber so etwas empfunden hat. In der von Dr. Franz Wehring trefflich geleiteten Monatschrift „Die Volksbühne“ vertheidigt Oskar Blumenthal als einer der Verfasser der „Großstadtluft“ das „Recht zu lachen“. Es hat sich gezeigt, daß das gar nicht nöthig war. Die meisten Mitglieder der „Freien Volksbühne“, welche am Sonntag das Stück gesehen haben, — die dritte Abtheilung desmal die erste Vorstellung, — machten nicht den Eindruck, als ob sie jemals daran gedacht hätten, sich das „Recht zu lachen“ verkümmern zu lassen. Man hat Thränen gelacht, und diese Thränen waren so aufrichtig, wie nur jemals die gewesen sind, welche man sonst gewohnt hat.

Aber die Zusammenstellung von Blumenthal-Kadelburg's „Großstadtluft“ mit Kleist's „Der zerbrochene Krug“ nahm sich doch etwas wunderlich aus. Wollte man zeigen, wie weit der Weg ist, der vom „Zerbrochene Krug“ bis zur „Großstadtluft“ führt? Geschadet hat diese Zusammenstellung jedoch keinem der beiden Stücke, — selbst nicht der „Großstadtluft“. Mehr Beifall hätte dieser harmlose Schwank auch ohne die gefährliche Nachbarschaft des „Zerbrochene Kruges“ nicht gut finden können. Wir haben uns bisher hier niemals über den literarischen Werth der in der Freien Volksbühne aufgeführten Stücke ausgelassen. Wir wollen es daher auch heute nicht thun, — zumal da wir glauben, daß das überhaupt nicht unsere Aufgabe ist. Den Verfassern der „Großstadtluft“ hätte man sogar Unrecht, wenn man ihre Arbeit auf den literarischen Werth hin prüfen wollte. Darf man etwas anderes von ihnen verlangen, als sie selber bieten wollen? Blumenthal sucht in dem oben angeführten Artikel die Bühne dagegen zu schützen, daß man ihr

„die vergnügliche Kunst der Unterhaltung entziehen will“, und bricht eine Lanze für die „nur noch wenigen Lebenskünstler, die den Muth der Oberflächlichkeit haben und fröhlich die Stunden pflücken“.

Diesem Programm ist er im Verein mit seinem Schwankdichter-Kompagnon gerecht geworden. Daß er selber auch noch etwas mehr, als bloß die vergnügliche Kunst der Unterhaltung versteht, hat er in einigen seiner früheren Arbeiten gezeigt.

Ueber die Handlung eines Schwankes zu referiren, ist eine heikle Aufgabe. Die, welche ihn gesehen haben, wissen einem dafür keinen Dank, und die, welche ihn erst sehen wollen, noch viel weniger. Es kommt hierbei auch ziemlich wenig darauf an, was geschieht, und beinahe alles darauf, wie es geschieht. In der „Großstadtluft“ heirathet ein Ingenieur, „echter“ Berliner und stotter Lebemann, die Tochter eines kleinstädtischen Fabrikanten, wird aber von dem in Ludwigswalde ansässigen Schwiegervater, der bei einem gelegentlichen Aufenthalt in Berlin die hauptstädtischen Genüsse und die sie genießenden Berliner gründlich kennen gelernt hat, gezwungen, ihm in das kleine Nest zu folgen. Der junge Ehemann beißt in den fauren Apfel, entbehrt aber in Ludwigswalde die ihm zum Lebenselemente gewordene „Großstadtluft“ und lebt es nach langem Kampfe durch, daß er mit seiner Frau wieder nach Berlin übersiedeln darf. Das Drum und Dran dieser Handlung, wozu auch die Trennung und Wiedervereinigung eines rechtsanwältlichen Ehepaares gehört, fällt vier stoff geschriebene Akte.

Die gleichfalls sehr flotte Darstellung täuschte einen schnell und leicht über das Stück und den Nachmittag hinweg. Die der Lebenswelt angehörigen Berliner des Schwankes schienen lebenswahr zu sein, wenn man von dem Zug ins Idiotenhafte absieht, den die nun einmal üblich gewordene Darstellungsweise der Schwänke selbst in die vernünftigsten Figuren hineinzulegen liebt. Der Rechtsanwält Lenz (Oskar Sauer) besaß gerade so viel gewissenlosen Leichtsinns, der Ingenieur Flemming (Theodor Brandt) gerade so viel durch Schlich gemilderte Schnoddrigkeit, der Stuker Gemppe (Franz Schönsfeld) gerade so viel gutmüthige Bornirtheit, als erlaubt (oder sollen wir sagen: nöthig) ist, um in der „guten Gesellschaft“ seinen Platz ausfüllen zu können. Die Kleinstädter dagegen waren fast durchweg übertrieben larrikirt. Es wäre gut, wenn sich die Schwächen der kleinstädtischen Bourgeoisie so mit Händen greifen ließen. Die Frauen insbesondere geben sich in der Honoratorkasse der Kleinstädte keineswegs so offen als die Klatschbasen, die sie sind. Vollständig lebenswahr — (warum soll nicht auch eine Schwankfigur einmal Mensch sein und nicht bloß zusammengepappter Dampfmann?) — war der alte Dr. Crusius (Oskar Höcker), dessen einstige Jugendfreude in dem trübseligen Nest und unter dem Einfluß der ihn niederpartoffelnden Frau (Sofanna Walter-Tross) vollständig geschwunden ist —

eine prächtige Figur, so angelegt von den Verfassern und vom Darsteller so wiedergegeben, daß sie sich thurmhoch über die übliche Schablone des beinahe unvermeidlichen alten Lustspiel-doktors erhob.

In ein Volkstheater geht die „Großstadtluft“ trotz der beifälligen Aufnahme, die sie am Sonntag Nachmittag gefunden hat, nicht — und auf die „Freie Volksbühne“ erst recht nicht. Dagegen hat Kleist's „Der zerbrochene Krug“ ein ganz entschiedenes Anrecht darauf. Das ist eine Satire, so fein und so scharf geschliffen, wie nur irgend eine der modernsten „Komödien“. Der alte, verliebte Dorfrichter, der seine amtliche Stellung dazu mißbraucht, von einer jungen Schönen gegen das Verprechen der betrüglichen Befreiung ihres Geliebten vom Militärdienst Härtlichkeiten zu erpressen, dürfte, wenn gleich in etwas anderem Gewande, auch heute noch zu finden sein. Der lästerliche Alte zerbricht bei dem nächtlichen Stellbischen, das er dem Mädchen aufdrängt, einen Krug und bekommt von dem herbeieilenden eifersüchtigen Geliebten eine Tracht Prügel. Am andern Tage klagt die Mutter des Mädchens vor demselben, im Gesicht geschundenen, vor Schmerzen hinkenden Dorfrichter gegen den Geliebten, den sie der an dem Krug verübten Frevelthat bezichtigt. Wie der alte Fuchs im Richtergewande den Unschuldigen hineinzureiten sucht, um desto sicherer von sich selbst den Verdacht abzulenken, — das ist mehr als bloß „vergnügliche Kunst der Unterhaltung“, und an manchen Stellen will es aus dem Humor des Dichters wie ein Jorndesbly hervorbrechen.

Die Darstellung des jierlichen Einakters war in allen Theilen vollendet. In dem Spihbuben von Dorfrichter hatte Oskar Höcker eine Gestalt geschaffen, der wir nicht leicht eine andere von gleich köstlichem Humor an die Seite zu stellen wissen. Man hat über ihn weniger laut als über die „Großstadtluft“, aber dafür um so herzlicher gelacht.

Das Wiener Ensemble setzt in Thomas-Theater seine Restrop-Vorstellungen fort und führte uns am Sonntag die Posse „Der Talisman“ vor. Ein vagabundirender heruntergekommener rothköpfiger Barbier kann nirgends ein Unterkommen finden, bis ihm eine Perrücke zum Talisman wird und er überall gute Aufnahme findet. Mit der Perrücke schwindet sein Glück und, wo er vorher freundlich aufgenommen war, wird er wieder hinausgeworfen, bis er wieder durch die Aussicht auf reiche Erbschaft die verlorene Gunst, die er nunmehr verschmäht, wiedererlangt. Der äußere Schein deckt alle Mängel, und wenn Geld da ist, bedarf es auch nicht einmal der Verstellung. Gespielt wurde recht flott. Die Hauptrolle des Stückes war vorzüglich durch Herrn Müller dargestellt. Besonders vorzüglich war auch die gleichfalls rothköpfige Gänsemaß durch Frä. Jolly gegeben, die naive Unschuld und herzige Empfindung lieblich zur Erscheinung brachte.

gellische Ägyptische Behandlung ein und hat sich außerordentlich bewährt. Die Berichte der Ober-Postdirektionen stimmen darin überein, daß die Unterbeamten in wachsendem Maße das Segenreiche dieser Einrichtung erkennen. Die öfterreichischen Vorgesetzten lobt Herr Bebel ohne Kenntnis der geschichtlichen Thatfachen. Die Postkarte ist 1865 von Herrn Stephan zuerst auf der damaligen Postkonferenz empfohlen worden. Wenn man hier immerfort Briefe von Unzufriedenen verwerthet, vergißt man, daß niemand aus allen Menschen Engel machen kann. Wir verfügen aber auch über ein großes Material von Briefen zufriedener und dankbarer Männer, von welchen wir in der Regel keinen Gebrauch machen. Hier aber wird es erlaubt sein, einen solchen Brief vorzulesen, der die Gefinnung der großen Masse der Postbeamten wieder spiegelt. (Der Redner verliest den betreffenden Brief.) Diese Gefinnungen gereichen uns zur wirklichen Betriedigung.

Abg. Adt. (nl.) bedauert, daß die Postverwaltung gegenüber seinen Wünschen in Bezug der Ausdehnung des Telephonwesens sich nicht auf den Standpunkt stellen will, jeden Anschluß einzuführen, sobald er gewünscht wird und sobald die festgesetzten Gebühren bezahlt werden. Er tritt nochmals um größeres Entgegenkommen gegen die Wünsche der Industrie, namentlich bleibe es eine große Ungerechtigkeit, daß diejenigen Etablissemens, die über 15 Kilometer von der Zentralstelle entfernt sind, keinen Anschluß erhalten sollen.

Abg. von der Schulenburg (nl.): Herr Stöcker hat nur in seinem Namen gesprochen; ich habe dagegen im ausdrücklichen Auftrage des Parteivorstandes dem Staatssekretär zu danken für die Entschiedenheit und Entschlossenheit, mit welcher er die Autorität und Integrität in seinem Ressort gewahrt hat. (Beifall rechts.) Wir bedauern sehr, daß für ihn kein Wort der Anerkennung außer der unferigen hier laut geworden ist. Der persönliche Beamt wird immer noch nicht finden, wenn er Recht sucht, aber er soll sich an eine andere Adresse wenden. Was Herr Bebel mit Vorbehalt wegen der Tarification der Zeitungen, entspricht nicht den Thatfachen, ich habe das Gegentheil gesagt. Ich habe nur verlangt gleiches Recht für alle, was wir Konventionen immer verlangen. (Sachen links.) Wir wollen, daß die Zeitungen, welche nicht den Umsturz predigen, nicht theurer bezahlt werden müssen als andere. Den Geist der Zeitungen will ich unter keinen Umständen hineingezogen wissen. Kommt man dahin, die guten Zeitungen möglichst billig und die schlechten möglichst theuer zu tarificiren, dann halte ich es für natürlich, daß man die „Kreuz-Zeitung“ umsonst befördert. (Heiterkeit links.) Wir wollen eine gleiche Beförderungsgebühr. Das bisherige System setzt eine Prämie auf die billigen Umsturzblätter, das geht zu weit, das Geld aller Steuerzahler für diese Zwecke auszugeben. Die „Berliner Morgen-Zeitung“ kostet jährlich 8.20 pro Exemplar Zuschuß, oder jährlich bei 30 000 Zeitungsaufträge fast 100 000 Thaler auf Kosten der Steuerzahler. Im Ganzen legt die Reichspost mehr als zehn Millionen jährlich an, wie die „Staatsbürger-Zeitung“ ausgerechnet hat. Von der Legalität des Herrn Bebel erwarte ich, daß er eine Erklärung abgibt, mich mißverstanden zu haben. Landräthe und Präsidanten sind ja Herrn Bebel unangenehm. Ich hoffe, in dieser Beziehung nicht zu erlahmen, mich ihm und seiner Partei auch ferner möglichst unangenehm zu machen.

Abg. Volkstath (dr.): Wenn die Konferenz wegen der Zeitungsbeziehung zusammentritt, bitte ich auch Angehörige dieses Erwerbs- oder Literaturzweiges zuzuziehen. Es freut mich, daß von einer Konferenz der unteren Postbeamten abgesehen werden soll. Von einer solchen Zusammenberufung in amtlichen Wohnhäusern ist in der That nichts zu erwarten. Die Zunahme der Sekretäre von 1871 ab ist Herrn Bebel als Argument entgegengesetzt worden, aber mit Unrecht. Früher war der Sekretär ein ganz anderer als heute; früher war er der Abschluss der Subalternkarriere, jetzt ist er der Anfang der höheren Karriere. Man hat eben hier der Postaristokratie große Konzessionen gemacht. Ich muß nun noch auf die Rede des Herrn v. Stephan von Freitag zurückkommen. Ich habe von Postproletariern nicht im megerverfunden Sinne gesprochen, sondern die fortschreitende Proletarisirung bedauert. Bei der Kaiser-Welhm-Stiftung hat dann Herr v. Stephan darauf hingewiesen, daß 85 000 Beamte unterstützt worden sind. Diese Ziffer ist sehr eigen thümlich; wenn sie richtig ist, würde der Staatssekretär doch mehr den Titel eines Groß-Älmosensiers der nothleidenden Postbeamten als den des Staatssekretärs des Reichs-Postamts verdienen.

Direktor Fischer: Herr Volkstath hat zwei Mal ausdrücklich von Proletariern gesprochen. Eine Verfügung vom Reichs-Postamt in Sachen der „Verkehrszeitung“ ist nicht ergangen. Diese Behauptung ist ein Märchen.

Abg. Bebel: Die weitere Verrückung des Herrn von der Schulenburg soll uns angenehm sein; wir werden ihm zu dienen wissen. Wenn die neuen Maßnahmen der Postverwaltung darauf hinausgehen, den Zeitungsvertrieb zu vertheuern, so werden wir im Reichstag zu überlegen haben, ob der Post ihr Regal weiter belassen werden kann. Ich habe keinen Unterschied zwischen guten und schlechten Blättern gemacht. Wenn Herr Stöcker jetzt von der Partei verurteilt wird, so kommt es mir nicht darauf an. Mir ist es genug, daß ein Mann von seiner Richtung sich so geäußert hat. Herr Stöcker weiß in dem Kreise der Postbeamten doch recht viel mehr Bescheid als Herr v. d. Schulenburg. Die Reichsbeamten haben nicht übereinstimmend die Meinung, daß sie ihr Recht finden, wie die preussische Beamten, von denen Herr v. d. Schulenburg ausfallenderweise sprach. Darum wenden sie sich mit ihren Beschwerden an uns. Wir werden deshalb auch ferner die Beschwerden, die an uns kommen, gewissenhaft prüfen und sie auch fernerhin rücksichtslos zur Sprache bringen. (Beifall links.)

Abg. Marquardsen (nl.): Ich will nur Zeugnis dafür ablegen, daß auch wir von dem Bewichte der Verdienste des Herrn v. Stephan vollständig durchdrungen sind und wünschen, daß der Zeitpunkt seines Scheidens noch recht fern sei. Im Punkte des Postassistenten-Verbandes sehe ich allerdings auch nicht auf seinem Standpunkte, sondern auf dem der Mehrzahl der Redner aus dem Hause. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Volkstath: Wir haben die augenblickliche Lage des postlichen Wesens ganz objektiv und nüchtern zu beurtheilen und müssen dabei bleiben, daß eine Stagnation eingetreten ist. Wenn auch eine Verfügung des Reichspostamts wegen der „Verkehrs-Zeitung“ nicht existirt, so ist das nur ein Streichwort. Das betreffende Altkonstitut bezeichnet sich als Dienstzeit, und thatsächlich hat man Abonnenten und Inserate gesammelt. Im megerverfunden Sinne habe ich von Proletariern nicht gesprochen, wie ich nochmals hervorhebe.

Damit schließt die Diskussion. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, ebenso die übrigen persönlichen Ausgaben für die Zentralverwaltung.

Bei den Besoldungen für die Betriebsverwaltung I. Ober-Postdirektionen, nimmt bei den Gehältern für die Post-Bauart die das Wort

Abg. Volkstath, die Verbesserung der Besoldung der Postassistenten zu beschleunigen. Ihre Einkommensverhältnisse, Durchschnittsgehalt 3100 M., ränden gegen die Einnahmen tüchtiger Privatarchitekten entschieden zurück. Redner fragt, ob ihnen wenigstens nebenamtlich die Uebernahme von Privatarbeiten erlaubt ist.

Direktor Fischer bestätigt, daß diese Erlaubniß gegebenen Falls erteilt wird.

Bei dem Titel Post- und Telegraphen-Beamter

Abg. Endemann (nl.) die Errichtung einer Postanstalt in

Kassel zu beschleunigen.

Bei dem Titel „Oberpost- und Postsekretäre“

erklärt auf eine Anfrage des

Abg. Frohne, wie es um die Wiedereinsetzung eines un-

schuldig verurtheilten Sekretärs stehe,

Direktor Fischer, daß ein Bericht über die Angelegenheit dem Reichspostamt noch nicht vorliegt.

Die von der Budgetkommission vorgeschlagene Resolution „den Reichspostamt zu erlauben, die Ausdehnung des Systems der Dienstaltersstufen auf die Unterbeamten der Reichspost- und Telegraphen-Verwaltung ohne Schädigung derselben in ihren Bezügen wiederholt in Erwägung zu ziehen“ wird angenommen; desgleichen die sämtlichen Etatforderungen für die Subaltern- und Unterbeamten.

Für 14 900 Landbriefträger sind 11 547 500 M. ausgemittelt; Zugang 400 neue Stellen à 775 M. Das Gehalt variiert von 850 bis 900 M.

Abg. Schmidt-Sachsen (Soz.) tritt für eine Verbesserung dieses so geringen Anfangsgehalts von 650 M. ein. Das Durchschnittsgehalt sei ja wiederholt, namentlich 1890, hauptsächlich auf Betreiben des Abg. Singer und einiger freisinniger Mitglieder erhöht worden; das Anfangsgehalt sei aber sehr niedrig geblieben. Die Eisenbahn-Unterbeamten hätten ein viel höheres Anfangsgehalt. Außerdem wünscht Redner eine Aenderung in der Kleidung der Landbriefträger derart, daß sie im Winter eine wärmere, den Hörner mehr schützende, im Sommer eine leichtere Bekleidung bekommen.

Direktor Fischer: Das Durchschnittsgehalt der Landbriefträger bleibt gegen das der entsprechenden Eisenbahnbeamten, der Bahnwärter, um 25 M. zurück, aber das Maximum wird schon etwa mit dem 9. Jahre erreicht. Den Vorkosten zur Verbesserung des Minimalgehalts stehen wir durchaus nicht ablehnend gegenüber. Zur Entschädigung für die Landbriefträger wirkt außerdem unser Etat noch extra über 1 Million aus. Die Leistungen der Landbriefträger haben sich nicht erhöht, sondern verringert. Die Erhöhung im Ganzen wird bedingt durch die Vermehrung dieser Beamtenschaft, sowie durch die Verwendung eines ausgeübten Hilfslandbriefträger-Personals.

Der Titel wird bewilligt. Bei der Forderung von 18 952 700 M. für Posthilfsstellen und für Hilfsleistungen im Unterbeamtendienste bei den Verkehrsanstalten regt

Abg. Schmidt (Soz.) eine Aenderung dieses umfangreichen Titels an. Die Posthilfsstellen seien Ehrenämter, deren unglückliche Inhaber mit einer Pauschalvergütung abgefunden werden. Für Posthilfsboten wird den Postkämtern auch eine Pauschalsumme zur Verfügung gestellt. Die daraus gezahlten Tagelöhne lämen nur in den größten Städten auf eine Höhe von über 2 M. Die 19 Millionen unter diesem Titel stehen in keinem richtigen Verhältnis zu den etatsmäßig angestellten Beamten. Schon 1889/90 habe der Abg. Laumbach darauf hingewiesen, schon früher 1885 habe von Vollmar die schlechte Lage dieser Hilfsbeamten dem Reichstage geschildert und schon damals eine Erhöhung der Tagelöhne verlangt. Die große Mehrheit der Posthilfsbeamten in den kleinen Städten und auf dem Lande beziehen noch heute höchstens 1.50 M. tägliche Vergütung. Es sollte in Zukunft der betreffende Titel zerlegt werden in zwei Titel, für Posthilfsstellen und für Hilfsleistungen und die Bezüge für Hilfsboten erhöht werden. Die Arbeiter bezeichneten heute allgemein die sogenannten ortsüblichen Tagelöhne, nach denen das Gehalt dieser Hilfsboten sich richte, als Hungerlöhne. Hier könne die Verwaltung ändern; das Geld sei ja da, die Post mache in diesem Etat wieder 21 Millionen Ueberschüsse. Titel 38 fordert 1315 250 M. zu Vergütungen für ungewöhnliche Leistungen der Beamten, zu Unterhaltungen an bedürftige Beamte mit Gehältern bis 4500 M., zur ausnahmsweisen Unterhaltung höher besoldeter Beamter, zur Gewährung von Vergütungen für den Vertrieb der Wechseltempelmarken und der Marken für die statistische Gebühr, und zur Beihilfe für die Beamten, welche zur Post- und Telegraphenschule in Berlin herangezogen sind.

Abg. Volkstath verlangt eine Zerlegung des so umfangreichen Titels, der zu den verschiedensten Dingen Beträge auswirft. Vor allem aber wünscht er zu erfahren, wie viel auf die Ausgaben für die Post- und Telegraphenschule bei diesem Titel entfällt, damit man die Kosten dieser Schule kennen lernen könne.

Eine Antwort vom Bundesrathesrat erfolgt nicht. Bei den Betriebsausgaben im Bereiche der Telegraphie erklärt

Staatssekretär v. Stephan auf die Anregung des Abg. Adt., daß die Vergütung des Fernsprechers auf große Hindernisse stößt. Für Wiederherstellung der Telephondrähte, welche durch den Sturm in Hamburg in einer einzigen Nacht zerrissen waren, hätten 190 000 M. ausgegeben werden müssen. Mit der Ermäßigung der Gebühren wüßte man aber auch wegen des Anwachsendes der Anlagelosten sehr vorsichtig sein. Anschließend giebt der Staatssekretär eine ausführliche Uebersicht über die Entwicklung des Fernsprechwesens im deutschen Reichspostgebiet. Die Einzelheiten werden aber auf der Journalisten-Tribüne der herrschenden Unruhe wegen nicht im Zusammenhang verständlich.

Die Postämter werden bewilligt, desgleichen der Rest des Ordinariums. Beim Extraordinarium sind von der Kommission für A p o l d a nur 108 480 M. zur Vergrößerung des Postgrundstücks bewilligt worden, während der Etat darüber hinaus noch 114 850 M. als erste Rate zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes verlangte. Außerdem sind die erste Rate für neue Postdienstgebäude in Berleberg mit 70 000 M., in Greifswald mit 80 889 M. gestrichen.

Für den Erweiterungsbau des Reichs-Postamts auf den Grundstücken an der Ecke der Leipziger- und Rauerstraße werden als erste Rate 404 000 M. gefordert.

Abg. Volkstath begrüßt es mit Freuden, daß bei dieser Gelegenheit auch das Postmuseum würdiger untergebracht werden soll, wünscht aber für die projektierte Oberlichthalle einige bauliche Veränderungen, um den Lichteinsturz nicht zu sehr zu beschränken.

Das Extra-Ordinarium und die Einnahmen werden nach den Kommissionsanträgen genehmigt. Ebenso ohne Debatte der Etat der Reichsdruckerei.

Schluß 5/4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Marine-Stat.)

Tokales.

Religionsfreiheit oder Glaubenszwang? Am 4. März wurde vom Schöffengericht in Moabit der Dissident, Weber Alfred Rosenkranz aus Kummelsburg zu 2 M. Strafe verurtheilt, weil sein Kind 13 Schul-Religionsstunden ohne Dispensation versäumt hatte. Die Dispensation war zwar mit dem Nachweis des Austritts aus der Landeskirche nachgesucht aber verweigert worden.

Als auf die Frage, ob er evangelisch sei, Rosenkranz kurz antwortete: „Nein, Dissident“, bemerkte der Vorsitzende dazu: „Er ist ein trauriges Geständniß, Dissident zu sein, an nichts zu glauben. Religion ohne Glaube an einen persönlichen Gott giebt es nicht. Sie wissen nicht, in welcher Lage Sie noch kommen werden, wo Sie die Religion sehr nöthig gebrauchen können.“

In der Begründung des Urtheils heißt es, daß der dem Kinde in der Berliner freireligiösen Gemeinde erteilte Unterricht, da dort nicht der Glaube an den persönlichen Gott gelehrt werde, nicht als Religionsunterricht angesehen werden könne, die Dispensation sei daher mit Recht verweigert worden. Auf das freisprechende Urtheil gegen Erwald in Brandenburg a. S. (der übrigens auch der Berliner freireligiösen Gemeinde angehört) beruht sich der Angeklagte mit Unrecht, denn Erwald's Kinder sollten in einer anderen Religion, als in der Schule gelehrt werde, Unterricht empfangen, er aber und die freireligiöse Gemeinde hätten ja gar keine Religion!

Das Gesuch, zwei für die nächsten Wochen angelegte neue Termine so lange zu verschieben, bis dieses Erkenntniß, wogegen Berufung eingelegt wird, rechtskräftig werde, ist abgelehnt worden.

Der „Verein gegen Verarmung“ hat am Dienstag unter Vorsitz des Ministerialdirektors Reichardt seine alljährliche Generalversammlung abgehalten. Der dort erstattete Jahresbericht, dessen Hauptdaten durch die bürgerliche Presse veröffentlicht werden, hat zu den ungezählten Bemerkungen von dem Fortschreiten einer Verarmung und Verelendung der hauptsächlichsten Arbeiterbevölkerung einen neuen Beweis hinzugefügt. Die Zahl der Unterfützung suchenden Personen betrug im vergangenen Jahre 17 137, die der unterstützten Personen nur 4607. Zwei Jahre früher lag das Verhältnis zwischen Unterfützungsgesuchten und ausgetheilten Unterfützungen bei weitem noch nicht so ungünstig; es betrug erst 12 000 gegen 4000. Die Zahl der Hilfesuchenden hat sich also ganz bedeutend vermehrt, die geleistete Hilfe hat mit dieser Vermehrung nicht Schritt gehalten. Vor zwei Jahren gab der Vorsitzende Reichardt, als er diese Zahlen in der Generalversammlung mittheilte, den verehrlichen Mitgliedern die beruhigende Versicherung, daß das Mißverhältnis nicht so schlimm sei, wie es aussehe. Es sei im Gegentheil gerade gut, daß man 8000 Gesuche zurückgewiesen habe. Eben in dieser Zurückweisung sei auch ein Theil der Thätigkeit des Vereins, und vielleicht nicht der unwichtigste, zu erblicken; denn die Hilfe des Vereins werde auch vielfach von solchen nachgesucht, die ihrer weder bedürftig noch würdig seien. Wir wissen nicht, ob man im Verein gegen Verarmung auch diesmal den Muth gehabt haben wird, die inzwischen ungeheuer gewachsene Zahl der Abweisungen (über 12 500) zu rechecken oder gar dem Verein als ein Verdienst anzurechnen. Daß alle diese Uebergangenen mit Grund und Recht übergangen worden seien, daß sie nur darauf ausgegangen seien, den Verein als „verschämte Arme“ anzuspornen, während sie dabei dem berrlich und in Freuden leben, — das werden die Herren schwerlich jemandem glauben machen. Der „Verein gegen Verarmung“, der auch das Wort „gegen Bettel!“ auf sein Banner geschrieben hat, verfolgt diese Abweisungspraxis doch nicht erst seit heute und gestern. Sie müßte doch also die gewerksmäßigen Schnorrer endlich einmal abschneiden, wenn es sich vorwiegend um solche handelte. Aber obwohl die Zahl der Abweisungen zunimmt, nimmt die Zahl der Hilfesuchenden gleichfalls zu, und wenn im nächsten Jahre insolge dessen die Zahl der Abweisungen erst recht zugenommen hat, sieht sich der Verein im nächstnächsten in seiner Erwartung auf eine abschreckende Wirkung erst recht getäuscht. Und so geht das weiter, Jahr für Jahr, im „Verein gegen Verarmung und gegen Bettel.“ Wer ist es denn aber, der bei dem Verein anknüpft, der ihn um Hilfe bittet, nachdem er verarmt ist? Nicht Bettler, die von Haus zu Haus gehen, sind es, — die weiß man sich durch das bekannte Schild, das jedes Vereinsmitglied an seiner Thür anbringt, vom Hause zu halten, — sondern „kleine Leute“, Arbeiter und Arbeiterinnen, oder auch hungernde Handwerkermeister und darbennde Unterbeamte, die noch auf der Grenze zwischen Bourgeoisie und Proletariat zu stehen meinen, die noch zu jener halten, aber bereits zu diesem gehören. Die Verarmung und Verelendung auch dieser am weitesten vorgeschobenen Posten der Arbeiterklasse — sie gehören zu ihr, wenn sie sich auch noch so hartnäckig das Gegentheil einzureden suchen, — kann kein „Verein gegen Verarmung“ hindern oder aufhalten. Darüber wird man sich in dem Verein auch schwerlich läuschen, ebenso wenig wie in irgend einer anderen Vereinigung oder Korporation, die sich die Aufgabe gestellt hat, „die Noth des Volkes zu lindern“. Man kennt die Erfolglosigkeit dieser Bestrebungen — die Jahresberichte mehrerer Dugend „wohlthätiger“, „gemeinnütziger“, u. s. w. Vereine gestehen sie ja mehr oder weniger offen ein — aber es wird „fortgewürfelt“. Wie lange noch? Das ist die Frage.

Der Aufführung von Hauptmann's „Weber“ in der Freien Bühne“ widmet Julius Freund in der „Volks-Zeitung“ folgende Verse:

Ein lauschendes Auditorium
Im Saale der „Freien Bühne“,
Und Alles horchte gespannt und stumm
Auf die Tragödie, die lähne.
Das war ein Reichen aus kranker Brust,
Ein Stommeln aus heißer Hehle —
Ein wilder Ausschrei in Schmutz und Wuß
Aus angestirbter Seele.
Das roch nach ekel verdorb'ner Luft,
Nach Speisen, schlecht und mißrathen,
Nach süßem, widerwärtigem Duft
Von ranzigem Hundebreathen.
Das froch hervor zum Verzweiflungskampf,
Zum rasenden, mörderischen;
Da erhob sich ein leichter Pulverdampf,
Da trachten Salven dazwischen. — — —
Und in der Loge dicht neben mir
Sah feist ein bider Geselle, —
Brillanten an jedem Finger schier
Von löstlicher Wasserhehle.
Der hauchte gar manchen Seufzer aus,
Und zog am Ende begeistert
Sein seidenes Taschentuch heraus
Und stöhnte, von Mitleid beweistert:
„Ihr Kermtien — dem sicheren Tode geweiht —
Ihr hungernden Hundeschlächter,
Ihr Weberleute, wie thut Ihr mir leid!“
Der Mann war ein — — — Grabenpächter.

Der Herr Millionär in Radersdorf. Im Frühjahr 1892 kam der Naureggelle Michaelis aus Berlin nach dem benachbarten Radersdorf und erzählte dem Bäckermeister David E. auf der Schulenhöhe, daß ihm eine große Erbschaft aus Rußland zugefallen sei. Die Auszahlung der Gelder — es handelte sich um nicht weniger als 2 1/2 Millionen Rubel — sei mit vielen Schwierigkeiten verknüpft und sämtliche Zweige der Michaelischen Familie als Miterben hätten Michaelis zum Generalvertreter auserwählt. Er habe sich als juristischen Beistand dem Rechtsanwalt Arthur Stadthagen genommen. Reichlichen Ueberschusses wurde Michaelis von den Radersdorfern angesehen, und die Optimisten, darunter der genannte Bäckermeister, hatten nichts Fertigeres zu thun, als den ungeheuren Millionär auf die Vorgänge von Radersdorf aufmerksam zu machen. Ein Millionär in Radersdorf war immerhin nicht zu verachten. Außerdem war Michaelis ein leutlicher, sozialer Herr, der sich alsbald mit einem großen Theil der Bewohner der Ralsberge verdrubert hatte. Eines Tages zeigte er seinem Freunde David ein Dokument des auswärtigen Amtes, wonach die Erbschaft im Oktober v. J. ausgezahlt werden sollte. Leider hatte Stadthagen die Angelegenheit seines Auftraggebers nicht recht mit Etwas vertreten, denn der russische Staat erhielt nach den Abmachungen eine halbe Million Rubel und der preussische von dem Reste 25 000. Daher war Michaelis auf Stadthagen nicht gut zu sprechen und hatte angeblich in der Hauptsache zu seiner Enternung aus dem Anwaltsstande beigetragen. Trotz des durch Stadthagen verschuldeten Verlustes darrichte in Radersdorf eitel Freude, als Michaelis seinen Entschluß dahin faßte, sich in Radersdorf anzusiedeln. Das Geld lag freilich in Rußland recht sicher, aber die Diskontogeschäft, die Deutsche Bank wie auch Fromberg u. Co. hatten nach seiner Angabe einen Vorwurf verfaßt, weil der Stempel unter dem Dokument des russischen Amtes „durch Zulass“ etwas verwischt worden war. Man spottete der Kleinbürgerlichen

Bankiers, und Freund David stellte sein ganzes Vermögen zur Verfügung. Michaelis nahm davon zunächst zehntausend Mark und kaufte von dem Bäckermeister W. ein Stück von Schuldenhöhe. Bald erhob sich dort ein Prachtbau, der außen und innen den Millionär verriet. Berliner und Radersdorfer Lieferanten weitesterten mit ihrem Kredit; am 1. Oktober v. J. bezog der neue Radersdorfer Bürger seinen Besitz; W. erhielt eine Hypothek von zwanzigtausend und einen Wechsel über zehntausend Mark. Ein sehr netter Zug war es, daß er auch seinem Freunde David ein Haus mit einem Backofen neuester Konstruktion errichten ließ. Da er aber wider alles Erwarten kein Geld aus dem Barbarenlande nicht erhielt, was er auf politische Trübungen zurückführte, so ging er die Radersdorfer Vorkaufbank um fünfzigtausend Mark an. Diese kleine Bank hatte aber kein Verständnis für das vorteilhafte Angebot und lehnte es ab. Als nun aber der Glasermeister Klingner in Radersdorf die Versicherung hatte fallen lassen, daß die Erbschaft Michaelis anstatt in Rußland im Monde zu liegen scheint, so suchte der Zimmermeister Berthold W. den Rechtsanwalt Stadthagen auf, um zu erfahren, daß Stadthagen von Michaelis und Millionen nichts wisse. Dies gab einen gewissen Rückschlag. Die Handwerker liehen Nothhypotheken auf „Schloß Michaelis“ eintragen. Der Millionär wandte sich während, wie er sagte, an den Reichsanwalt v. Caprioli, der ihm die Strafverfolgung sämtlicher Handwerker zusicherte. Hierdurch wurde W. wieder umgestimmt und Michaelis konnte wiederum überall Gelder flüssig machen. Die ihm zustehenden Summen grenzten an das Fabelhafte, und er ließ durch den Bauunternehmer M. einen dritten Prachtbau aufzuführen. Auf das Drängen seiner Gläubiger brachte er am 12. v. M. vierzehn hektographierte Erkenntnisse des Kammergerichts mit dem bedrohlichen Stempel, aber ohne Unterschrift. Die letztere sollte am 26. v. M. vollzogen werden. Da aber immer und immer noch kein Geld eintraf, wandte man sich an den Rechtsanwalt Schenk in Straußberg, der die Unversorgenheit hatte, sämtliche Papiere für falsch zu erklären. Nach Michaelis wurde das Anwaltamt nun auch gegen Schenk vorgehen, und der Berliner Rechtsanwalt Senff sollte beauftragt werden sein, für die Löschung der Nothhypotheken zu sorgen. Später zeigte auch Michaelis die Abzüge des Kammergerichtlichen Urtheils, die nun die Unterarist v. J. „Jebens“ trugen. Inzwischen hatte aber der Vorkaufverein Radersdorf auf eine Anfrage beim Anwaltamt die Antwort erhalten, daß alles Schwindel sei, und man wollte vor einigen Tagen mit Michaelis zu dem Rechtsanwalt Senff fahren, nachdem auch dieser die Sache als Schwindel bezeichnet hatte. Michaelis fuhr aber nicht mit, da er die „Postkassen zu erwarten habe“, sondern verschwand kurz darauf. Bald nachher traf bei seinem Freund David W. ein Brief des Inhalts ein: „Lieber David, verzeihe mir; ich stelle mich selbst der Staatsanwaltschaft.“ Dieses Versprechen hat Michaelis bis jetzt ebenso wenig eingelöst, wie alle übrigen. Viele Anzeigen sind bereits behördlich anhängig gemacht worden.

Eine rohe Handlungsweise hat zu der Verhaftung des bereits zweimal wegen Körperverletzung bestrafte Arbeiters Pohl geführt. Ein Fräulein L. war am Sonnabend mittels Drohste nach einem Hause der Kronenstrasse gefahren, um daselbst ein Paket abzuliefern. Als die Drohste hielt, rief Pohl den Wagenschlag auf und nahm, ohne dazu beauftragt worden zu sein, der Dame das Paket ab, um es an den Bestimmungsort zu bringen. Da er es aber anscheinend infolge seines angetrunkenen Zustandes aus der Hand fallen ließ, rief Fräulein L. einen anderen daneben stehenden jungen Mann zu sich, um das Paket zu befördern. Hierüber wurde P. aufgebracht und schlug die Dame wiederholt in das Gesicht. Als ein Schutzmann zu ihrem Beistande erschien, warf er sich auf die Erde, schlug mit Händen und Füßen um sich und konnte nur mit großer Mühe nach der Wache gebracht werden.

In die Falle gegangen sind am Sonnabend Abend drei Ladenbedienten. Sie hatten es auf die Ladenkasse des Bäckers D. in der Brüderstraße abgesehen, den Verdacht des Bäckers aber dadurch erweckt, daß sie den Laden lange Zeit von der Straße aus beobachteten und daß Einer mehrfach eintrat, und an den Inhaber des Geschäfts auffallende Fragen, wie z. B. ob er das Geschäft verlassen wolle, richtete. Um sie auf die Probe zu stellen, verließ D. vollständig angekleidet den Laden, betrat aber durch die Hofwärts gelegenen Räume den Laden wieder. Er sah nun, wie sich die Drei dem Laden näherten, durch das Schlüsselloch sehen und mehrere Schlüssel an dem Schloß versuchten. Nun hob der Bäckermeister die Rollschleuse hoch und rief um Hilfe. Zwei der Eindringler wurden festgenommen, der dritte entkam. Einer der Verhafteten ist ein bereits mehrfach bestrafte Techniker Jähndrich.

Ein Unfall, der leicht hätte schreckliche Folgen haben können, ereignete sich am Sonntag während der Abendvorstellung der Budapester Orpheum-Gesellschaft im Wintergarten des Grand Hotel Alexanderplatz. Dasselbst stürzte plötzlich von der Decke des Glashauses eine der großen Scheiben herunter, und nur einigen im Saale aufgestellten Palmenbäumen, durch welche die Scheibe beim Fallen aufgehalten wurde, ist es zu verdanken, daß niemand von dem überaus zahlreichen Publikum verletzt wurde. Durch schnell aufgepaunte Sprungtücher wurde dafür gesorgt, daß nicht die noch in der Deckung verbliebenen Scheiben beim Herunterfallen etwaiges Unheil anrichten könnten.

Zu rekonstruieren. In dem Gutbezirk Plöhensee hat sich am Sonntag ein unbekannter etwa dreißig Jahre alter Mann erschossen. Für etwaige Angehörige sei mitgeteilt, daß er mit einem blauen Rock und Weste, einem schwarz, gelb und blau gemischten Beinkleid, schwarzen Ueberzieher, schwarzen Hüls und einem blau- und weißgestreiften Unterbeinkleide angethan war. Die Wäsche ist H. A. 1 gezeichnet; die bei der Leiche aufgefundenen Fußschuhe trägt die Nr. 96 621 und ist an einer Nadelstiche befestigt; in der Geldtasche befanden sich 2,85 Mark. Der Todte hat braunes Haar und einen Vollbart und ist in Plöhensee verblieben.

Der Ausbruch der Scharlach-Epidemie in allen Theilen des Nieder-Barnimer Kreises wird durch den Landrath desselben, Herrn von Waldow, bekannt gemacht und allgemeine Anzeigepflicht der gefährlichen Krankheit angeordnet.

Frau Dr. Wälfel-Magdeburg ist, wie die „Vollst.-Ztg.“ erfährt, gestern aus der Schweiz mit ihrer aus 8 Köpfen bestehenden Familie in Berlin angekommen. Sie soll, da sie sich über ihre Existenzmittel nicht ausweisen konnte, wangsweise über die schweizer Grenze gebracht worden sein.

Marktpreise in Berlin am 4. März, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kg. guter von 15,60—15,10 M., mittlerer von 15,00—14,80 M., geringerer von 14,50—14,00 M. Roggen per 100 Kg. guter von 13,50—13,00 M., mittlerer von 12,90—12,70 M., geringerer von 12,60—12,40 M. Gerste per 100 Kg. gute von 17,50—16,80 M., mittlere von 16,20—15,10 M., geringe von 15,00—13,80 M. Hafer per 100 Kg. guter von 13,70—13,10 M., mittlerer von 13,00—12,50 M., geringerer von 12,40—11,90 M. Stroh, Richt per 100 Kg. von 4,80—4,00 M. Heu per 100 Kilogramm von 7,80—5,20 M. Erbsen per 100 Kg. von 40,00—23,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kg. von 50,00—20,00 M. Erbsen per 100 Kg. von 80,00 bis 30,00 M. Kartoffeln per 100 Kg. von 7,00—4,50 M. Rindfleisch von der Keule per 1 Kg. von 1,60—1,20 M. Bauschfleisch per 1 Kg. von 1,30—0,90 M. Schweinefleisch per 1 Kg. von 1,50—1,20 M. Kalbfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,80 M. Hammelfleisch per 1 Kg. von 1,60—0,90 M. Butter per 1 Kg. von 2,80 bis 1,80 M. Eier per 60 Stück von 6,00—3,00 M. Fische per 1 Kg.: Karpfen von 2,40—1,20 M. Kalle von 3,00—1,20 M.

Zander von 2,40—1,00 M. Hechte von 1,80—1,00 M. Barsche von 1,60—0,70 M. Schleie von 2,40—1,00 M. Bleie von 1,40 bis 0,80 M. Krebse per 60 Stück von 10,00—8,00 M.

Polizeibericht. Am 4. d. M. Mittags fand an der Ecke der Friedrich- und Dorotheenstrasse ein Zusammenstoß eines Pferdebahnwagens mit einem Rollwagen statt, wobei der Führer des letzteren vom Bock geschleudert wurde. Er gerieth unter die Räder seines Wagens und erlitt bedeutende Verletzungen an der rechten Hand und im Gesicht, so daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Nachmittags wurde an der Ecke der Weber- und Großen Frankfurterstrasse ein Knabe von einem Möbelwagen überfahren und am rechten Arm und Fuß bedeutend verletzt. — Abends wurde an der Ecke der Strauß- und Kleinen Andreasstrasse eine Frau von einem Bierwagen überfahren. Sie erlitt dadurch einen doppelten Bruch des Oberarmes und mußte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht werden. — Am 5. d. M. Nachmittags fiel der Maurer Bekke vor dem Hause Schauffestr. 14 beim Absteigen von dem Vorberrama eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens zur Erde, gerieth unter die Räder und wurde am Unterschenkel so bedeutend verletzt, daß seine Ueberführung nach der Charite erforderlich wurde. — In der Nacht zum 6. d. M. wurde ein Schiffsbesitzer in der Wohnung seines Vaters, in der Lübeckstrasse, erhängt vorgefunden. — Am 4. und 5. d. M. und in der darauffolgenden Nacht fanden 11 Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Eine Explosion beim Feuerwerk im Stabliement Sterneder (Schloß Weissensee) führte am Sonnabend den bekannten Kunstfeuerwerker Paul August Wilhelm Zeidler und den Sohn des früher berühmten, bei einer großen Explosion um das Leben gekommenen Feuerwerkers Schulenburg, den Konditor-Lehrling Gustav Wilhelm Eugen Schulenburg, unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung vor die erste Strafkammer am Landgericht II. Am 8. August v. J. explodierte bei einem der bekannten großen Sand- und Wasserfeuerwerke in dem genannten Stabliement ein sogenanntes Feuerkopf. Die weit umhergeschleuderten Splitter der aus Eisenblech bestehenden Hülle des Feuerkopfes verletzten die in der ersten Reihe des Zuschauerraumes stehenden Kellerer Otto und Fintenziller, den einen leicht am rechten Oberarm, den anderen schwer am Unterschenkel. Zeidler hat das Feuerwerk geleitet, der junge Schulenburg hatte die betreffenden Feuerwerkskörper hergestellt. Beide wurden für den Unfall verantwortlich gemacht und unter Anklage gestellt, obwohl Zeidler den Verletzten Schmerzensgeld, Kurkosten und verlorenen Arbeitsverdienst mit circa 400 Mark ersetzt hat. Wie die Explosion möglich wurde, obwohl alle Vorsichtsmaßregeln angewendet worden waren, hat auch die Staatsanwaltschaft nicht zu ergründen vermocht. Dieselbe fand die Fahrlässigkeit der Angeklagten lediglich in dem Umfande, daß der betreffende Feuerkopf nicht in die Erde eingegraben, sondern in einer Holzbatterie befestigt war. Ein solcher Feuerkopf besteht aus einem eisernen Zylinder von 30 Centimeter Höhe und zehn Centimeter Weite und ist mit Leuchtzügen und etwa 1 Loth Pulver gefüllt. In Ermangelung eines gerichtlichen Sachverständigen für Prothesen hatte der Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Sachs die ebenfalls in Berlin sehr bekannten Kunstfeuerwerker Bock und Bonander laden lassen, welche bekundeten, daß alle diejenigen Vorsichtsmaßregeln getroffen waren, welche die Erfahrung gebiete. Ein Eingraben der Feuerköpfe sei an der gegebenen Stelle infolge des Sumpfbodens nicht möglich gewesen, der Schutz des Publikums sei durch eine starke Balkenlage hergestellt worden. Gleich nach der Explosion haben sich die Sachverständigen überzeugt, daß ein Verschulden der Angeklagten nicht vorliegen konnte. Der Unfall sei lediglich auf unvorhergesehene Umstände zurückzuführen. Unter diesen Umständen hat sich der Staatsanwalt selbst veranlaßt, die Preisprechung zu beantragen, Verteidiger und Gerichtshof waren derselben Meinung und so wurde auf Preisprechung erkannt.

Aus Venthen bringt die „Oberschlesische Gerichts-Zeitung“ folgenden Bericht:

Einem recht unerwarteten Ausgang nahm der mit großer Spannung erwartete Prozeß wider den Polizeiergeanten Alexander Januschowitz aus Königsbütte, welcher sich kürzlich wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Girndt zu Königsbütte vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten hatte.

Der Anklage lag eine Äußerung zu Grunde, welche Januschowitz dem Polizei-Inspektor Koop gegenüber gethan hatte, als dieser ihn am 29. August v. J. dabei betraf, wie er in der Dienstmühe Einkäufe auf dem Markte machte. Da dies den Polizeibeamten aus leicht erklärlichen Gründen verboten ist, so stellte Herr Koop ihn darüber zur Rede, erhielt indessen zur Antwort, der Oberbürgermeister nehme auch Geschenke an. Die Folge davon war, daß Herr Oberbürgermeister Girndt, von der beleidigenden Äußerung durch Herrn Koop in Kenntniß gesetzt, Strafantrag gegen Januschowitz stellte, der seinerseits sich anbeisichtig machte, den Beweis für die Wahrheit seiner Behauptung zu führen.

Tatsächlich gelang es ihm auch mehrere Zeugen zur Stelle zu schaffen, welche bekundeten, daß der Oberbürgermeister Geschenke von ihnen angenommen habe, allerdings nicht in seiner amtlichen Eigenschaft, sondern nur bei festlichen Gelegenheiten, z. B. bei der Feier seines 25jährigen Dienstjubiläums, bei der Verlobung seiner Tochter, bei seiner silbernen Hochzeit u. s. f. Mit Rücksicht hierauf billigte der Gerichtshof dem Angeklagten den Schutz § 193 Strafgesetzbuchs zu und erkannte auf kostenlose Preisprechung. Bei der Begründung des Urtheils führte der Herr Vorsitzende aus, daß die Äußerung des Angeklagten zweifellos ohne eine Beleidigung des Herrn Oberbürgermeisters enthalte, daß der Angeklagte aber in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und daher habe freigesprochen werden müssen.

Versammlungen.

Die Schneider hielten zur Besprechung der Lohnbewegung am 1. März eine Versammlung der Werkstatte und Geschäftsdelegierten ab, welche zahlreich besucht war. Nach einigen einleitenden Worten stellte der Kollege Zimm folgende Forderungen zur Diskussion: 1. Ein allgemeiner Lohnaufschlag von 25 pCt. 2. Ausbügung von Lohnunterschieden. 3. Nur zwei Klassen werden für Maßbestellung als zulässig erkannt. 4. Beseitigung des Plagelbes auf den Werkstätten. 5. Anstellung eines Maschinenführers in Werkstätten über 10 Mann, welcher vom Geschäft bezahlt wird. Der Minimallohn ist 27 Mark. 6. Bis spätestens 6 Uhr Abends müssen alle Proben, die am nächsten Tage um 8 Uhr Morgens geliefert werden sollen, den Arbeitern ins Haus geschickt sein. 7. Bezahlung der Nachtarbeit mit 5 Mark Aufschlag. 8. Bezahlung der Extra-Arbeit. 9. Anstellung der Lohnschneider nach Wochenlohn, deren Minimallohn 27 Mark ist. Bei Bezahlung nach Stunden 50 Pfenninge pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Sonntagarbeit ist ausgeschlossen. Alle Kollegen haben den obigen Forderungen entsprechend ihre Lohnkarten zu formulieren und dieselben reichlich in zwei Exemplaren an das Bureau, Schützenstrasse 18/19 (Restaurant Freygang) zu senden. Ein Exemplar bleibt dort zur Kontrolle zurück, das zweite wird dem betreffenden Geschäft zugestellt, nebst einem gedruckten Formular, in welchem obige Forderungen formuliert sind. Geschäfte, von denen uns keine Lohnkarte

zugestellt worden sind, erhalten nur die erwähnten Formulare mit der Befugnis, dem Bureau resp. der Agitationskommission der Schneider und Schneiderinnen innerhalb einer bestimmten Zeit Antwort zukommen zu lassen, wie sich die betreffenden Geschäfte hierzu stellen. Zur Sanktionierung dieser Bestimmungen werden zum Montag, den 18. März, in den verschiedenen Bezirken 4 große öffentliche Versammlungen einberufen. Nicht Tage später finden in den betr. Lokalen wieder 4 große öffentliche Versammlungen statt, in welchen die Agitationskommission Bericht zu erstatten hat. Zu eingehender Information der Kollegen gelangt zu den vier Versammlungen ein Flugblatt zur Verteilung. In der ausgedehnten Diskussion erklärten sich die Redner mit obigen Ausführungen im ganzen einverstanden. Kollege Pfeiffer berichtete über die nach auserhalb getroffenen Maßnahmen, wonach in gegebenen Fälle Zugang fern zu halten ist. Hiernach wurden einstimmig die eingangs aufgestellten Forderungen als gerecht anerkannt. Ferner wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung heißt die von den Kollegen aufgestellten Forderungen gut. Die Agitationskommission wird aufgefordert, dieselben den Kollegen durch Flugblatt zu unterbreiten, damit dieselben in den weiteren Versammlungen zur Genehmigung gelangen. Die Kollegen der einzelnen Bezirke, welche wünschen, daß formulirte Tarife ihren Geschäften unterbreitet werden, sind aufgefordert, dieselben bis mindestens zum 11. März der Agitationskommission an die Adresse J. Zimm, Schützenstr. 18/19, Arbeitsnachweis und Auslastungsbureau, zu senden.

Die Berufsmusiker Berlins hielten am 28. Februar eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Agitationskommission Bericht über ihre Thätigkeit erstattete. Nachdem dann Genosse Stadtverordneter Bernau über die Bedeutung der Streik-Kontrollkommission in längeren Ausführungen Aufklärung gegeben, wurde Kollege Loppe zum Delegierten und Kollege Wrasch zum Ersatzmann gewählt. In die Agitationskommission wählte die Versammlung die Kollegen J. Wagner, Kummer und G. Schoner.

Im Fachverein der Uhrmacher und verwandter Berufsgenossen Berlins und Umgegend sprach am 26. Februar Herr Hoffmann über die lox Heine. Dem Vortrage folgte eine Diskussion, an welcher sich die Kollegen Maier und Krause beteiligten. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, einer hiesigen Firma, welche ihren Angestellten verboten haben soll, in die Versammlungen ihrer Fachorganisation zu geben, ein dieses Verfahren rügendes Schreiben zu senden. Ferner gab der Vorsitzende bekannt, daß Herr Dr. Finn in der am 11. März stattfindenden Vereinsversammlung einen Vortrag über „Die Märzfrage des Jahres 1848“ halten wird. Am Schluß der Versammlung wurde erwähnt, daß am Sonntag den 26. März, Abends 6 Uhr, in Oratowitsch's Bierhallen eine öffentliche Uhrmacher-Versammlung mit Damen stattfindet.

Der Gewerksverein Berliner Bildhauer tagte am 21. Februar in einer gut besuchten Mitgliederversammlung. Nach Erledigung des geschäftlichen Theils hielt Herr Rob. Schmidt (Tischler) einen Vortrag über Industrieverbände und Kartellverträge. Unter Anführung der mannigfaltigen Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung einer solchen Idee entgegenstehen, hielt der Redner die Sache für sehr problematisch. Namentlich würden wohl die verschiedenartigen Beiträge und Leistungen der in einem Verbände zusammengewürfelten Einzelorganisationen ein unüberwindliches Hinderniß bilden. Größere Summen für Kampfgewende zusammen zu bekommen, sei unwahrscheinlich; sicherer sei aber, daß über die Verwendung der eingegangenen Gelder Meinungsverschiedenheiten und damit Mißbilligkeiten entstehen würden. Die Kartellverträge seien schon annehmbarer, allein als Uebergangsstufe zu Industrieverbänden und nach Abzug sonstiger, näher erläuteter Mängel bleibe auch hier nicht viel Ertragswertes übrig. Eine Regelung des Herbergswesens, der Reise-Unterstützungs- und Zeitungsfrage könne man auch durch anderweitiges Entgegenkommen erreichen. Im Ganzen sei die Organisation an sich das Wichtigere und nicht die Form derselben. Man solle die bestehenden Organisationen zu kräftigen suchen und würde dann schon mit Hilfe der Solidarität eine respektable Macht sein. Im Laufe der lebhaften, sich ausschließlich im Sinne des Referats bewegenden Diskussion wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung ist der Ansicht, daß von der Bildung von Industrieverbänden und Kartellverträgen vorläufig abzusehen sei, da die beruflichen Organisationen noch nicht die genügende Kraft und Stärke besitzen. Dagegen empfiehlt sie den Delegierten zum Kongreß in Kassel für Berufsorganisation sowie für Bildung beruflicher Kartellkommissionen in Form der Berliner Streik-Kontrollkommission einzutreten.

Wie notwendig der Anschluß an eine Organisation ist, dürften wieder jene fünf Kollegen gesehen haben, welche bei dem Meister Schmidt, Fruchtstraße 59, wegen zu geringen Lohnes die Arbeit niederlegen mußten. Am 14. März unternimmt der Verein einen Besuch des Trachtenmuseums, der auch für Damen von Interesse ist. Treffpunkt im Rathstheater 1/10 Uhr.

Der Allgemeine Arbeiterinnenverein sämtlicher Berufsweige Berlins hielt am 22. Februar seine letzte Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Kassenericht. 2. Die Stellen sich die Mitglieder zur Auflösung des Vereins und zur Gründung eines Bildungsvereins für Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes? Nach Verlesung des Kassenerichts, welcher einen Bestand von 99,66 M. aufwies, wurde der Kassiererin für ihre musterhafte Buchführung Decharge erteilt. Hierauf berichtete Frau Deutscher, daß die Abrechnung über die „Gleichheit“ einen Ueberschuß von 20,86 M. ergebe. In einer Ansprache legte Frau Fahrwald sodann dar, daß es zweckmäßiger sei, wenn der Verein sich auflöse und mit dem Frauen-Bildungsverein zusammen einen größeren Verein bilde. Gegen zwei Stimmen fand darauf ein diesbezüglicher Antrag Annahme. Zur Reorganisation des Vereinsvermögens und des Materials wurde eine Kommission gewählt, welche aus den Damen Frau Fahrwald, Frau Deutscher, Frau Frohmann, Frau Schuberl und Fel. Jang besteht. Die Versammlung beschloß darauf, auf dem Grabe der Märzgefallenen einen Kranz niederzulegen. Hierzu erboten sich zwei Genossinnen, Kranz und Schleife dem Verein zu schenken. Dies Angebot wurde angenommen, worauf die Versammlung auf Antrag der Frau Fahrwald die für den Ankauf eines Kranzes bestimmten 10 M. den angesprochenen Verlegern überließ. Zum Schluß gab Frau Fahrwald bekannt, daß die beim letzten Wintervergügen auf die Nummern 90, 88 und 97 gefallenen Gewinne in ihrer Wohnung, Schöneleinstr. 19, vorn 4 Treppen, abgeholt sind.

Der Bund der gefelligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend hielt am 19. Februar seine Monatsversammlung ab. In derselben legte der Vorsitzende, Herr Gustav Bock, sein Amt nieder, weil gegen ihn von einer Seite Beschuldigungen erhoben worden sind. Zur Untersuchung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission von 5 Personen gewählt. Die vom zweiten Vorsitzenden weitergeführte Versammlung überwiegt der Arbeiter-Bildungsschule 10 M. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Buchmacherinnen, sowie der in der Feder- und Blumenkorrektur beschäftigten Personen fand am 1. März statt. Genosse Kolan sprach über die Nothwendigkeit der Organisation für die Arbeiter, worauf Kollege Jäger zum Anschluß an die bestehende freie Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Branchen aufforderte. Die Wahl einer Agitationskommission soll in einer nächsten Versammlung vorgenommen werden.

